blätter des iz3w

nr. 6/7 april mai 71
herausg. informationszentrum dritte welt
78 freiburg, lorettostr. 20 a tel.: 71075 App. 29

Auflage 4000

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, G. Cremer, Ch. Erichsen, H. Flammer, F. Hemmerich, H. Knörich, B. Sandbothe, G. Stingl, P. Riedesser, L. Teubner, H. Topf u.a.
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 102 262 33
Postscheckkt. Karlsruhe, Nr. 148 239. SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt, Freiburg i.Br. Postscheckkonto Basel 40 - 35899.

zur sache:

1. Wir bedanken uns für die intensive Abonnenten-Werbung. Jedoch ist die finanzielle Belastung durch die vielen Probeexemplare für uns so groß geworden, daß wir bitten, uns in Zukunft nur noch Personen zu nennen, bei denen die Wahrscheinlichkeit eines Abonnements besteht.

2. Auch die Tatsache, daß erst etwa ein Viertel unserer Abonnenten den Bezugspreis von DM 15,-- überwiesen haben, veranlaßt uns, noch einmal um baldige Überweisung zu bitten. Da der Bezugspreis der "blätter" nur die Druck- und Portokosten deckt, kämen uns Spenden zur Finanzierung der Werbekampagnen, für den Ausbau des iz3w und des Archivs sowie für unsere lokale Arbeit sehr gelegen. Besonders für Berufstätige, die aus Zeitmangel weder die Informationsarbeit noch bestimmte Aktionen mitgestalten können, besteht so die Möglichkeit, unsere Arbeit wirksam zu unterstützen.

   Bei den Adressen für Probeexemplare und den Überweisungsabschnitten für unser Konto bitten wir um genaue und deutliche Adressenangabe.

3. Das schweizer Konto wurde inzwischen unter folgender Nummer eröffnet: Georg Stingl Aktion Dritte Welt Freiburg i.Br.
   Postscheckkonto Basel 40 - 35899.

4. Da bei uns zahlreiche Anfragen bezüglich vorhandener Schriften und Plakate eintreffen, drucken wir am Schluß dieser Nummer eine Liste des bei uns vorrätigen Materials.

cabora bassa:

Rückzug der Firmen ?

Durch in der Regel gut informierte Quellen im Bundeswirtschaftsministerium hat das iz3w erfahren, daß die an Cabora Bassa beteiligten Firmen wegen unvorhergesehener Kostenerhöhung um eine Aufstockung der Bürgschaften im Rahmen der Hermesversicherung bei der Bundesregierung nachgesucht haben. Die Bundesregierung soll sich nach dieser Information mit Verweis auf die Cabora-Bassa-Campagne, den Protest der liberalen Presse und der freien afrikanischen Staaten geweigert haben, die Absicherungen zu erhöhen.

Für die Firmen ist das Projekt somit finanziell nicht länger interessant, sie planen daher einen Rückzug aus dem Cabora Bassa-Projekt. Jedoch fürchten sie, im Falle des Ausscheidens vor ihren südafrikanischen und portugiesischen Freunden vertragsbrüchig zu erscheinen, und ließen in diesem Zusammenhang durchblicken, daß ihnen zur Wahrung ihres Gesichts ein scheinbar erzwungenes Ausscheiden auf Druck der Bundesregierung hin nicht ungelegen käme.

Dabei muß jedoch bedacht werden, daß die Bundesregierung ein solches Spiel aus Furcht vor diplomatischen Schwierigkeiten mit der französischen Seite (s. FR 17.9.70) ablehnen müßte, wobei als Druckmittel von französischer Seite die Zustimmung zur deutschen Ostpolitik und die Haltung beim EWG-Beitritt Englands dienen könnte.

Als dringlichstes erscheint uns eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit gegen Cabora Bassa (und andere den UN-Resolutionen widersprechende Aktivitäten in den portugiesischen Kolonien), um der Möglichkeit entgegenzutreten, daß die Bürgschaften trotz der Einwände von der Bundesregierung erhöht werden. Die Boykottkampagne wäre nicht ungeeignet, den Firmen ihren sicher sehr schweren Entschluß zu erleichtern.

Sicher erwägen die Firmen einen Rückzug vom Projekt aus reinen Profitinteressen und nicht wegen der Einwände einer kritischen Öffentlichkeit (was von dieser nie erwartet oder gehofft wurde).

Jedoch haben die Aktionen der Gruppen und die dadurch ausgelöste Kritik der liberalen Presse eben bewirkt oder mitbewirkt, daß der erste Vorstoß auf Erhöhung der Bürgschaften abgewiesen und das Cabora Bassa-Projekt somit finanziell uninteressant wurde. Die Gruppen und die liberale Presse werden somit ihren Anteil daran haben, wenn Cabora Bassa fällt.

die Jusos und die 3. Welt

Karsten Voigt: Entwicklungspolitik als innenpolitische Aktion
Henrich v. Nussbaum: interviewte den Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten

H.v.N.: Während Entwicklungsminister Eppler (SPD) in der Entwicklungspolitik neuerdings "einen Weg über Godesberg hinaus" gefunden zu haben meint (SZ 25.2.71: Bulletin Nr. 3o, 2.3.71) schrieben die Jungtürken der Partei in Bremen (Dez. 197o) die Einlösung der Godesberger Versprechungen auf ihre Fahne.

Aus einer Fülle von Antragsvorlagen wurde nur eine einzige für das Plenum herausgefiltert: er gehörte zu den kürzesten des JUSO-Kongresses. Lakonisch konstatierte er, daß die Entwicklungspolitik im Rahmen außenpolitischer, wirtschaftlicher und strategischer Absicherung stehe. Diese Abhängigkeit im Einzelnen zu analysieren, beschloß der Bundeskongreß einstimmig die Errichtung eines Ausschusses "INTERNATIONALISMUS" beim Bundesvorstand der Jungsozialisten. Er sollte aus den gängigen Methoden und der angekündigten neuen Konzeption zur Zweiten Entwicklungsdekade eine Strategie ableiten, die mit den in Bremen präzisierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Forderungen in Einklang stünde.

Als Schwerpunkt der Internationalismus-Arbeit wurde die konkrete Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt wie der "Gastarbeiter" hier in der ersten bestimmt. Erstes Arbeitsergebnis wird ein "SCHWARZBUCH: Ausländische Arbeiter" und eine Stellungnahme gegen die Ausweisung der illegal in der Bundesrepublik beschäftigten etwa 4o.ooo türkischen Arbeitnehmer sein.

Karsten Voigt umriß die Aufgabe der Jungsozialisten in internationalen Fragen wie folgt:

"Wir haben auf Bundesebene einen Arbeitskreis "Entwicklungspolitik" - wir sagen umfassender "Internationales" eingerichtet, der zur Aufgabe hat,
1. Informationen zu sammeln,
2. bestimmte Aktionen planmäßig vorzubereiten, die auf internationaler Ebene koordiniert werden.

Dazu gehört: zuerst die Koordination zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, - wobei wir uns vorgenommen haben, besonders die Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien in Afrika und auch Aufklärungskampagnen zugunsten dieser Befreiungsbewegung zu unterstützen. Zum andern fällt darunter natürlich auch die Aufklärung über die Verhältnisse in Indochina, den Imperialismus der USA und die Aufklärung über die Zustände in Lateinamerika, wo die Ausbeutung durch die imperialistische Politik natürlich in besonderer Weise deutlich wird.

Auf europäischer Ebene gehört dazu das Verhältnis der Deutschen zu den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik, d.h. das Verhältnis des stärker industrialisierten Bereichs in Europa zum minder industrialisierten Bereich, wobei wir die damit zusammenhängenden sozialen Probleme ins Auge fassen, die politischen - man denke nur an die Herkunftsländer Spanien, Portugal und Griechenland - und auch die Fragen, die mit

der kapitalistischen Struktur und Investitionsweise zusammenhängen. Daß man z.B. die Arbeiter herholt, aus ihrer Heimat fortreißt, statt dort in ihren Ländern zu investieren und eine ausreichende Anzahl gutbezahlter Arbeitsplätze.zu schaffen. Diese Probleme sollten ebenfalls analysiert und diskutiert werden.

H.v.N.: Fasse ich richtig zusammen: d.h., daß Sie im Augenblick die Entwicklungspolitik in den Kontext einer Analyse des Spätkapitalismus stellen und darüber hinaus zur Bewußtmachung, wie zur Gewinnung einer gesamtsozialistischen Perspektive und Strategie benutzen?

K.V.: Dem kann man nur voll zustimmen. Das wird noch deutlicher, wenn ich hinzufüge, daß wir die Fragen der Dritten Welt und der ausländischen Arbeiter zu innenpolitischen Fragen machen wollen, d.h. insbesondere verdeutlichen wollen, daß sie nicht etwa nur mit den kapitalistischen Strukturen in der Dritten Welt oder anderen wie immer gearteten Konzernverflechtungen dort zusammenhängen, sondern mit bundesrepublikanischen Machtverhältnissen, man sehe nur auf den Zusammenhang zwischen NATO, Portugal und der Bundesrepublik, der EWG und den Assoziierungsverträgen mit afrikanischen Staaten und Fragen der EFTA, über die auch die skandinavischen Länder mit Portugal verbunden sind. Beispiel: Cabora Bassa.

Dieses Problem ist innenpolitischer Art, weil westdeutsche Firmen sich daran beteiligt haben: ebenso aber ein internationales, weil auch ausländische, z.B. schwedische, englische und italienische Firmen ursprünglich an dem Projekt mitbeteiligt waren. Es ist wegen der staatlichen Absicherung privater Investitionen schließlich auch eine Frage nach der Rolle der Staaten im Spätkapitalismus.

Wir versuchen es daher zu einer praktischen Aufgabe internationaler Zusammenarbeit zu machen, zu einem praktischen Problem innenpolitischer Aktionen, die unsere Regierung natürlich mit bestimmten Schwierigkeiten konfrontieren wird..

H.v.N.: Um das Wort "Praxis" nochmals aufzunehmen: erhoffen Sie auch unmittelbare Veränderungen in der Einstellung unserer Regierung zur Entwicklungspolitik, ev. also auch die Korrektur oder Aufgabe gewisser Projekte?

K.V.: Ich glaube, daß man sich kurzfristig hier keinen großen Illusionen hingeben sollte; was nicht heißt, daß man es unversucht lassen sollte, weil langfristig damit eben doch Veränderungen erreicht werden. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, daß die schwedische Regierung heute offizielle Unterstützungsgelder für die Frelimo, das heißt also die Beffeiungsbewegung in einer der drei portugiesischen Kolonien in Afrika bezahlen würde! Das war vor einigen Jahren undenkbar, aber wenn wir genügend dafür tun, kann es auch hier in einigen Jahren denkbar sein und praktikabel.

Natürlich unterstützt uns hierin ganz besonders das Anti-Rassismus-Programm der Kirchen, die hier doch nachdrücklich Fragestellungen aufwerfen und Frontstellungen auflockern.

H.v.N.: Herr Voigt, die Jungsozialisten sind eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, die nicht immer eine problemlose, nicht überall eine gern gesehene und wohl gelittene ist. Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sprich: Entwicklungspolitik, gehört Ihrer Partei an. Bedeutet das in angespannter Zeit weitere Konfliktstoffe?

K.V.: Konfliktstoffe sind vorhanden, sie liegen auf der Hand. Die Frage ist nur, ob man sie aufgreift oder verschleiert. Wir wollen sie aufgreifen, um zu versuchen, die Entwicklungspolitik in eine neue Richtung zu drängen. Es ist zu vermuten - insofern dahinter ja auch Kapitalinteressen stehen - daß unabhängig vom guten oder bösen Willen des Ministers Widerstände aufkommen werden. Wenn man die Entwicklungspolitik wirklich nutzt zur sozialen Emanzipation der Unterdrückten in ihren Ländern. Insgesamt ist aber nicht die Konfrontation mit dem Minister unser Ziel, der Konflikt ist wohl nur manchmal unvermeidlich: Ziel ist die Unterstützung der Befreiungsbewegungen und dabei wäre eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium sogar wünschenswert.

H.v.N.: Werden die Jusos soweit gehen, daß sie auch eine Beteiligung an der Besetzung exklusiver Aufsichtsratsgremien - um diesen Begriff aus der Wirtschaft zu übernehmen - an den Mitsprache- und Entscheidungsgremien der Entwicklungspolitik fordern? Bisher sind sie ja da wohl kaum vertreten?

K.V.: Ich glaube, daß die Frage von Paritäten nicht die entscheidende Frage ist. Entscheidend ist, ob man eine Konzeption hat, die man auch glaubwürdig in der Öffentlichkeit vertreten kann, für die man mobilisieren kann. Mancher, der in paritätisch besetzten Gremien sitzt ohne Konzeption, tut dort nur das Gleiche, was andere schon vorher taten und auch getan hätten, wenn er nicht dabei gesessen hätte.

Uns geht es jetzt zuerst um diese Konzeption und nicht nur zentrale, sondern auch dezentrale und möglichst oft gemeinsame Aktionen mit anderen Gruppen am Ort.

H.v.N.: Zu den Kirchen: mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesisch besetzten Teilen Afrikas und der Antiapartheidsbewegung in der Südafrikanischen Republik, setzen Sie sich den gleichen Schwerpunkt wie der ökumenische Rat und das gleiche Ziel. Die Ev. Kirche hat selbst erklärt, daß die berühmten 100.000 Mark, die hier in Hessen-Nassau zur Verfügung gestellt wurden, kaum die dortigen Verhältnisse unmittelbar verändern, wohl aber das Bewußtsein hier ändern könnten, also Aufklärung. Wie grenzen Sie sich zur Tätigkeit der Kirchen ab: ergibt sich da nicht die Gefahr von Überschneidungen?

K.V.: Einige mag das überraschen: wir haben ein ausgesprochen unbefangenes Verhältnis gegenüber den Kirchen. Zwar haben die Kirchen jahrhundertelang dazu beigetragen, bestimmte soziale Gruppen als Unterprivilegierte in unserem Land und anderswo mitzuunterdrücken. Das haben andere in dieser Gesellschaft ebenso getan. In dem Maße, wie sie heute dazu noch beitragen, werden wir sie natürlich kritisieren. In dem Maße, wie sie heute jedoch beitragen zu sozialer Befreiung innerhalb unseres eigenen Landes, zur Demokratisierung unseres eigenen Staates wie anderer Staaten, werden wir sie unterstützen und gerne mit ihnen zusammenarbeiten.

Es gibt heute innerhalb der Kirchen - und zwar in beiden Kirchen - in wachsendem Maße Gruppen, die nicht nur aus taktischen Gründen, sondern ernstlich gewillt sind, die Demokratisierung, besonders in den Ländern der Dritten Welt, zu unterstützen und zugleich deren soziale Emanzipation. Deshalb werden wir mit diesen kirchlichen Gruppen zusammenarbeiten · nicht aus irgendwelchen Hintergedanken, sondern aus ehrlicher Überzeugung und gemeinsamem Engagement. Es wäre doch völlig absurd, wenn Jungsozialisten, die im Sinne des Godesberger Programms die undemokratische und unsoziale Vormacht einiger Bevorrechtigter beseitigen wollen, sich mit kirchlichen Gruppen, die ähnliche Ziele haben, nicht zusammentun würden.

Auch in den Gastarbeiterfragen, besser gesagt: dem Problem ausländi-

scher Arbeitnehmer in der Bundesrepublik bietet sich die Zusammenarbeit mit den Kirchen an - wir sind dazu bereit, weil es um die gleiche Sache dabei geht. Und ich glaube, daß die veränderte Zielsetzung und Praxis innerhalb und bei den Kirchen auch eine Aufklärung bei den Jungsozialisten selber begünstigt und ihre Haltung entspannt hat. Manchem mag es so scheinen, als ginge es nur um gemeinsame Praxis in bestimmten Aktionen. Mir scheint nahh und nach, davon ausgehend, auch eine theoretische Diskussion darüber möglich, ob Sozialismus und bestimmte christliche Grundsätze über ihre praktische Auswirkung und Auslegung nicht sogar in ihrer theoretischen Grundlegung vieles gemeinsam haben ...

H.v.N.: Wenn dieses Mitarbeitsangebot der Jungsozialisten von den Kirchen aufgegriffen würde, könnte das - langfristig - allerdings eine erhebliche Veränderung in der politischen Landschaft bedeuten. Einige herkömmliche Allianzen und "Sachzwänge" würden damit hinfällig.

K.V.: Ich will keineswegs verschweigen, daß ich selber vom Marxismus, jedenfalls vorwiegend von marxistischen Theoretikern und Praktikern geprägt bin - wobei ich das nicht als irgendeine dogmatische Position verstehe, sondern als Position, die einen bestimmten methodischen Ansatz hat. Das soll man nicht verschleiern. Aber die Kirchen haben sich in ihrem theologischen Ansatz ebenfalls gewandelt. Man kann heute nicht mehr einfach sagen, daß alle kirchlichen Gruppen dazu drängen, die Unternehmerpositionen zu unterstützen und zu verfestigen. Die ernsten Diskussionen um das soziale Engagement innerhalb der Kirchen werden Diskussionen auch unter den Sozialisten hervorrufen, Und wenn sich Christen wirklich dazu bereitfinden, zur Demokratisierung und sozialen Befreiung dieser, unserer Gesellschaft und natürlich auch in anderen Ländern und Kontinenten langfristig beizutragen, dann glaube ich allerdings, daß das erhebliche Auswirkungen auf die politische Landschaft haben würde.

H.v.N.: Zurück zu Ihrer eigenen Organisation: glauben Sie, daß die Organisationsform der Jungsozialisten und ihre internationalen Kontakte schon ausreichen, um ein so langfristiges Internationalismus-Programm erfolgreich aufzuziehen?

K.V.: Ich glaube es nicht. Mit unseren vier Hauptamtlichen in Bonn sind wir schon auf bundesrepublikanischer Ebene kaum in der Lage, unsere Vorhaben durchzuführen. Auf internationaler Ebene sind wir noch viel mehr angewiesen auf Leute, die freiwillig (und auf eigene Kosten) mithelfen.
Nun haben wir in letzter Zeit, aufgrund politischer Sympathien, eine große Zahl von Wissenschaftlern, - jungen Wissenschaftlern aber auch von älteren - und eine größere Anzahl von Fachleuten aus der Praxis gewonnen, die sich zur Verfügung gestellt haben, unsere Arbeit zu unterstützen, ohne dafür bezahlt zu werden und ohne, daß sie sich in irgendeine Bürokratie einpassen müßten, Diese Form der Koordination freiwilliger Tätigkeit, aus politischer oder lediglich sozialer Motivation - wird künftig, glaube ich, eine unserer Stützen sein. Wir übernehmen die Koordination, die Experten aber handeln weiter autonom.

H.v.N.: Wenn ich richtig verstehe, läuft Ihre Strategie auf eine Art Zweistufenplan hinaus: erst der Schritt zu den europäischen Nachbarländern, in der Ferne dann wahrscheinlich ein zweiter Schritt, der dann unmittelbare Kontakte in diese Länder der Dritten Welt über sozialistische Schwesterbewegungen oder Bruderparteien ermöglicht?

K.V.: Nein, ich würde das nicht als Zweistufenplan sehen, sondern als

zwei Stufen in ein und derselben Zeitphase. Entscheidend ist, daß man diese internationale Dimension, daß man unsere Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt als hautnahe Probleme erfahren macht. Es gibt z.B. eine ganze Reihe von Afrikanern in der Bundesrepublik - sie müssen wir in einen unmittelbar politischen Kontakt mit Deutschland bringen. Auch die Probleme der europäischen Nachbarländer, der südlichen vor allem, sind über die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Alltagsprobleme geworden. Nur hat man das noch nicht allgemein erkannt. Uns kommt es vor allem darauf an, außenpolitische Probleme, die im Bewußtsein der Leute noch als fern erscheinen, zu Alltagsproblemen zu machen, damit sie sinnlich erfahren werden, und man daraus lernt, daß auch von hier aus politische Entwicklungen eingeleitet werden können.

H.v.N.: Herr Voigt, Schlagzeile in den letzten Tagen: 4o.ooo Türken ohne offizielle Arbeitspapiere werden nach Hause geschickt, richtiger: sollen nach Hause geschickt werden. Werden die Jusos sich in diese Auseinandersetzung einschalten?

K.V.: Im doppelten Sinne, wenn wir es kräftemäßig bewältigen können. Denn hier geht es ja nicht nur um die Frage des Ausländerrechts, sondern gleichzeitig um die Verhältnisse in der Türkei, die nicht nur in sozialer Hinsicht immer schlimmer werden, sondern auch in politischer Hinsicht immer eindeutiger zu einer diktatorischen Lösung tendieren.

H.v.N.: Benötigen Sie damit nicht auch ein eigenes Informationsnetz? Soweit ich sehe, besteht in der Bundesrepublik, von den jeweiligen tendenziellen Entstellungen einmal abgesehen, gleichermaßen ein Mangel wie ein Überangebot an Information. Ausschlaggebend für das vielbeklagte Informationsdefizit der Öffentlichkeit scheint mir zu sein, daß die Materialfülle nicht an jedermann zugänglichen Stellen greifbar ist, allenfalls schlummert sie, kaum oder gar nicht aufbereitet, in irgendwelchen Archiven,nationalen oder internationalen.

K.V.: In der vergangenen Woche hatten wir ein Treffen jungsozialistischer Organisationen aus Österreich, der Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland in Oslo. Bei diesem Treffen vereinbarten wir erste notwendige Vorbereitungen auf internationaler Ebene. Außerdem haben dabei die schwedischen (Befreiungsbewegung Dritte Welt) und deutschen (industrialisierte Demokratie) Jungsozialisten bestimmte Schwerpunktaufgaben unter sich aufgeteilt. Das wird sich, hoffe ich, bald auswirken.

H.v.N.: Schreiben Sie der Gewerkschaft innerhalb dieser Internationalismus-Strategie eine besondere Aufgabe zu? Auf nationaler Ebene ließ sich der von den Jungsozialisten veranstaltete Kongreß, der nicht zuletzt wohl auf Ihr Betreiben zustande kam, ja wohl als eine Art Kampfansage interpretieren. Mindestens hat die Presse ihn vielfach so verstanden. Andererseits sind viele Jungsozialisten sogar als Mitglieder des Bundesvorstandes Gewerkschaftler. Wie stehen Sie zur Gewerkschaft?

K.V.: An und für sich müßten die Gewerkschaften, wenn sie ihre Aufgabe überhaupt wahrnehmen wollen, heute auf europäischer Ebene und darüber hinaus interkontinental aktionsfähig sein. Auch in bezug auf den ausländischen Arbeitnehmer.

H.v.N.: Bisher haben sie da weitgehend versagt!

K.V.: Die Konzerne sind international organisiert und nur eine internationale aktionsfähige Arbeiterbewegung sowohl auf parteilicher wie auf gewerkschaftlicher Ebene kann diesen Konzernen wirksam begegnen.

Die Unternehmer gehen auch Bündnisse mit anderen Gruppen ein, wenn sie

z.B. mit Francos Regime sympathisieren. Wir können uns die Sentimentalitäten, die sich die Unternehmer nicht leisten, erst recht nicht leisten. Wir müssen praktisch zusammenarbeiten im Rahmen der Arbeiterbewegung.

Und das ist natürlich für die Gewerkschaften ebenfalls nötig. Die Gewerkschaft, ebenso wie die Arbeiterbewegung insgesamt, redet zwar viel von Internationalismus. Doch der praktische Internationalismus wird weiterhin vom Kapital geleistet. Erforderlich sind zumindest internationale Arbeitskämpfe und Tarifverträge, eine gemeinsame Strategie zur Verwirklichung industrieller Demokratie und zumindest die kontinuierliche Diskussion unterschiedlicher Gewerkschaftsstrategien.

Wir müssen aufhören, soviel davon zu reden und endlich praktische Organisationsformen finden. Und das versuchen wir hier in Deutschland in die Diskussion zu bringen. Doch wir sind erst eine kleine Gruppe. Aber einen Diskussionsprozeß können wir einleiten.

H.v.N.: Was heißt das konkret?

K.V.: Die Jusos müssen in diesem Jahr innerhalb ihrer Organisation die Probleme der Lehrlinge wirklich aufarbeiten und gleichzeitig versuchen, mit der Gewerkschaftsjugend, z.B. Lehrlingszentren neu zu gründen bzw. die Gewerkschaftsjugend bei der erfolgreichen Durchführung des "Jahres des jungen Arbeitnehmers" zu unterstützen. Die Jungsozialisten wollen keine mit der Gewerkschaftsjugend konkurrierende Lehrlingsarbeit aufziehen, doch versuchen, den antikapitalistischen Kampf der Lehrlinge mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. Vielfach ist es zum Beispiel über Juso-Berufsschullehrer leichter, Lehrlinge an Berufsschulen anzusprechen; auch können wir die politischen und sozialen Forderungen der Lehrlinge im kommunalen Bereich, in Parlamenten und in der SPD oft wirksamer vertreten. Wohingegen die Gewerkschaft im innerbetrieblichen Bereich uns voraus ist.

Schon heute gibt es eine Vielzahl von Lehrlingszentren und Gewerkschaftsjugendgruppen, die bei den Jusos mitarbeiten. Es gibt eine Reihe von Arbeitskreisen für Lehrlingsfragen. Und oft haben wir als Initiatoren in Bereichen gewirkt, wo die Gewerkschaftsjugend noch nicht aktiv war. Doch legen wir größten Wert darauf, daß daraus nicht etwa eine Konkurrenz entsteht. Deshalb trifft sich am 4.3.

Sie sehen: der Lehrlingskongreß 197o in Düsseldorf war für uns mehr als eine Demonstration; wir haben diese Fragen nicht ad acta gelegt.

Institutionen: AA

Teutsche Asienpolitik

Zum Vortrag von AA-Staatssekretär Dr. Paul Frank vor der Deutsch-Indischen Gesellschaft am 16.10.1970 in Stuttgart, veröffentlicht in: BMZ-MATERIALIEN ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK Nr. 12, Febr. 1970

VORBEMERKUNG: Ein detaillierteres Eingehen auf diesen Vortrag lohnt deswegen, weil hier einer der ranghöchsten Vertreter der deutschen Außenpolitik Einblick in die Denkvorgänge und die dahinter verborgenen Interessenlagen gibt, welche zu Resultaten wie Hallsteindoktrin und anderen sublimeren Unterstützungsformen eines expansiver werdenden westdeutschen Kapitalismus führen.

Nach dem ungewollt richtigen Einleitungssatz, daß "... theoretische Überlegungen nur einen geringen Anteil an der Ausformung unserer Außenpolitik haben ...", stellt der Staatssekretär fest, daß wir uns "am Rande einer neuen Zeit bewegen", die "... neue Methoden in der Außenpolitik erfordere".[1] An diesem "Rande der Zeit" stehen wir deswegen, weil "die überwältigende technische Entwicklung der Gegenwart uns ein neues Lebensgefühl abfordert" und "... das Fehlen dieses Gefühls ... das Entstehen jenes weltweiten Empfindens der Unsicherheit begünstigt, das ... vom undefinierten Unbehagen bis zum Protest und vom Protest bis zur direkten Aktion seinen Ausdruck findet ...".

Hier werden bereits erste Konturen des Diplomatenweltbildes sichtbar: die Kritiker des kapitalistischen Zivilisationsmodelles, welches zu vermeidbaren Konsequenzen (wie verheerende Umweltverschmutzung, allgemeine Hetze infolge Konkurrenzfurcht und Entfremdung infolge irrationaler Produktionsarten und -zielen etc. etc.) führt und daher den emanzipatorischen Charakter der Technik pervertiert, werden denunziert als ein bißchen neurotische, bestenfalls pfadfinderhaft-unpolitische Zurück-zur-Natur-Jünglinge, welche im Grunde nur Angst vor dem "Phänomen Technik" haben. Modernisierung und Technisierung wird nur als kapitalistische für denkmöglich gehalten, die Konsequenzen (z.B, Monopolisierung, Werbeverschwendung, militärisch-industrieller Komplex etc. etc.) als fortschrittsimmanent und nicht systemimmanent gerechtfertigt.[2]

---

1) Zu älteren Methoden in der deutschen Außenpolitik vergleiche u.a. den SPIEGEL-Artikel "Auswärtiges Amt", in: Nr. 14/71.

2) Vgl. auch die Gleichsetzung "Modernisierung" = Kapitalismus in der SPRINGER-Presse, z.B. WELT vom 24.3.69, wo der innenpolitischen Opposition in Spanien, die gegen die "130 herrschenden Familien" kämpft, ein "zeitgemäßes Denken" empfohlen

In denselben ebenso unhaltbaren wie für seine Interessenlage verständlichen Klischees fährt der Vertreter des Auswärtigen Amtes fort, daß "... der im Ausland anzutreffende Protest gegen einen 'ugly German', hervorgerufen durch ein überzeichnetes Kapitalisten-Image, gleichzusetzen ist mit einem innerdeutschen Protest gegen ein 'ugly establishment' im politischen ... Bereich der Bundesrepublik". Auch hier hat Frank ungewollt recht: in der Tat sind die sozioökonomischen Beziehungen zwischen dem 'ugly capitalist' aus Germany und dem deutschen Durchschnittsarbeiter qualitativ gleich den Beziehungen der Kapitalisten zur verelendeten Bevölkerung der Dritten Welt. Aber Frank meint es ganz anders: das in seinen Augen überzeichnete Image ist eine Ungerechtigkeit gegenüber dem netten Herrn aus dem Aufsichtsrat, der gerade das Investitionsklima für seine Firma in der Dritten Welt zum Wohle der dort Hungernden beobachtet oder sauer verdiente Ferien in Indien bei Bier und Sonne verbringt und dabei sogar auf sein Eisbein verzichtet. Man kann doch nichts dafür, daß man so reich ist.[3] Unbeliebtheit im Ausland erklärt Frank mit unverdientem Neid, den innenpolitischen Protest verharmlost er zu einem emotionalen, auf Vaterkomplexe zurückzuführenden Anrennen gegen "überzeichnete" Projektionen.

Jede Berechtigung kann aber selbst ein im Abwiegeln eingeübter Diplomat wie Frank dem Protest gegen das "soziale Gefälle" in der Welt nicht absprechen; "sicher reflektieren sie ein verständliches Empfinden". Aber: Jetzt tritt der staatserhaltende Zeigefinger in Aktion. Zuerst weist er auf Bismarck: "daß immer das Land selbst es sei, das, - wenn auch nicht für vereinzelte Stimmen - so doch für die Haltung seiner Presse im großen und ganzen verantwortlich gemacht werde." Frank ist bei einem Hauptthema, denn ihm sitzt schon lange der Schah im Nacken, bei dem er sich vor einigen Wochen wegen der Anti-Schahkritik deutscher und persischer Studenten entschuldigt hat und anläßlich seiner Reise nach Teheran auch Eindämmung dieser kritischen Aktivitäten versprach.[4]

Der Kummer mit kritischer Berichterstattung in der deutschen Presse über ausländische Potentaten und feudalistische Regimes ist dem AA nicht neu (vgl. die Entschuldigung des ehemaligen Entwick-

---

wird, ferner von der Aufgabe gesprochen wird, in Regime und Opposition "das Zeitverständnis der europäisch-westlichen Industriegesellschaft zu wecken" und dem Arbeiter geraten wird, um die "Modernisierung" nicht zu gefährden, "diese 130 Familien nicht mit den Augen des Klassenkämpfers" zu sehen, sondern die mögliche "Synthese" zu entdecken.

3) Vgl. auch hier die analogen Gedanken der WELT, die ähnlich erstaunt ist über die Unbeliebtheit der US-Amerikaner in Lateinamerika (7. Juni 69): "Nirgends trifft das Schicksal, in der Welt ungeliebt zu sein, die Amerikaner härter ... Und nirgends werden sie schmerzhafter an die rauhe Wahrheit erinnert, daß sich eine Großmacht mit viel demonstrativer Hilfsbereitschaft und noch mehr Geld weder Sympathien noch Vergebung für die Tatsache erkaufen kann, daß sie eine Großmacht ist." Fazit: Wie bös sind doch die Ohnmächtigen, daß sie die überwältigend Mächtigen nicht lieben, und wie schlecht sind doch die Armen, daß sie den Germans ihren Reichtum nicht gönnen wollen.

4) Vgl. dazu auch CHRIST UND WELT vom 20.11.70.

lungshilfe-Ministers Scheel vor den Botschaftern Lateinamerikas wegen kritischer Pressestimmen in Deutschland).[5]

Der Staatssekretär verspricht in tiefer Sorge um "unsere" auswärtigen Beziehungen zu diesen Ländern, demjenigen "behilflich zu sein, der in einer fernen Zukunft all' die Belastungen zusammenstellen" wird, die sich aus "Vorgängen dieser Art" für uns ergeben haben.[6]

Und nun setzt Frank zum phrasenhaften, scheinheiligen Hohelied der Achtung der Souveränität an: "... Mitempfinden ja, Zusammenarbeit ja, Besserwissen nein, keine Einmischung, weder politisch, noch geistig, noch moralisch ...". Keine moralische Einmischung: also Schluß mit den Protesten gegen den Schah, gegen die griechischen Obristen, gegen Portugals Kolonialkriege, gegen die brasilianischen Folterungen?

Hier ist nicht genügend Platz, um auch nur einen Bruchteil der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker durch die staatliche und "private" Entwicklungsländerpolitik der BRD aufzuzählen. Nur einige flagrante Kostproben: à propos "Besserwissen nein": die Geschichte der deutschen Entwicklungsländerpolitik ist in wesentlichen Teilen durch den Versuch geprägt, "unser" kapitalistisches Wirtschaftsmodell den Gesellschaften der Dritten Welt aufzupfropfen[7], und zwar mit allen Hebeln der diplomatischen Kunst; am Beispiel Indien demonstrierte dies Ministerialrat Elson vom Wirtschaftsministerium[8] heimlich, während andere deutsche Vertreter, wie der westdeutsche Generalkonsul in Madras, Dr. Bindseil, nach dem Bericht einer indischen Tageszeitung[9] die indische Regierung mehrfach öffentlich aufforderte, ihre Bedenken gegen westdeutsche Privatinvestitionen fallenzulassen und dabei VW do Brasil als Modell für Indien anpries.

Im Zusammenhang damit ist der Besuch einer Delegation hoher deutscher Konzernmanager unter der Leitung von Abs vom 11.-26. Januar 1970 in Indien zu sehen (u.a. O.W. von Amerongen, Peter v. Siemens, Dr. Prinz als VW-Vertreter, Zahn für Daimler-Benz usw.). Nicht von ungefähr schrieb E. Haubold als Vertreter der Deutschen Bank in der indischen Zeitschrift: NIF Vol. XXVIII, Nr. 3, 3. Mai 1970, S. 41 ff. unter der Überschrift: "India's Investment Climate Brightens - Results of the visit of the Abs delegation": "The fact that the group was being led by Mr. H.J. Abs is significant from two aspects. Firstly, being a leading banker and a board member of many leading German companies, he can be considered an opinion leader as regards future German investment in India. Secondly, Mr. Abs, who was in India several years ago as a member of the World Bank delegation, in several speeches and articles has pointed out that German private investment abroad must be increased ..." Die Ziele der deutschen Auslandsinvestitionen wurden von Abs in der Tat schon mehrfach deutlich dargelegt (z.B. in dem bekannten SPIEGEL-Interview).

---

5) Bulletin der Bundesregierung, 12.2.70.
6) Das iz3w bietet dem AA im Austausch an, ihm dabei behilflich zu sein, die Belastungen für die verelendeten Massen in der 3. Welt zusammenzustellen, die sich aus der Stützung reaktionärer Potentaten durch das AA ergeben haben.
7) Vgl. auch die Zielländer des Entwicklungshilfesteuergesetzes.
8) Vgl. DIE ZEIT, "Report aus Bonn", Febr. 71.
9) DECCAN HERALD, August 6, 1970 (einzusehen im Archiv des iz3w).

Diesen Zielen dienten auch andere Reisen von Abs nach Indonesien und Vertretern der Deutschen Bank, der Commerzbank und mehrerer Großkonzerne in mehrere Staaten am persischen Golf (WELT 19.2.71).

Nach Vietnam brauchte Weltbank-Vertreter Abs nicht zu reisen, denn dort arbeitet Amerikas Militär komplementär für die deutsche Industrie: "Die amerikanische Industrie hat durch ihre starke Anspannung für Rüstungsaufträge und andere Inlandsaufträge, die ihre Preise in die Höhe getrieben und ihre Lieferfristen verlängert haben, an Konkurrenzkraft eingebüßt. Die deutsche Industrie kann damit rechnen, daß sie daher bei der Vergabe von Aufträgen aus internationalen Entwicklungskrediten nicht schlecht abschneiden wird (WELT 31.1.69).

Und was die politische Einmischung betrifft: ist der permanente Versuch der deutschen Botschaft in Indien, mit allen politischen und wirtschaftlichen Hebeln die Anerkennung der DDR durch Indien zu verhindern, keine Einmischung, oder wenn etwa der jetzige deutsche Botschafter Diehl und ehemalige Pressesprecher Kiesingers ("ich sage nur China, China, China") über die Hälfte der Arbeitskapazität der deutschen Botschaft dazu verwendet, die Beziehungen zwischen Indien und der DDR zu blockieren?[10]

Und zur moralischen Einmischung: ist es keine massive Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten eines Entwicklungslandes zuungunsten progressiver oppositioneller Bewegungen, wenn Potentaten wie der Schah oder Suharto mit Pomp und Prunk in der BRD empfangen werden und dadurch deren Stellung innenpolitisch legitimiert wird?

Nicht erwähnt seien die Einmischungen durch Waffenlieferungen, die neuerdings durch den SPIEGEL etwas beleuchteten BND-Interventionen in Indonesien, Saudi-Arabien etc. oder die Zusammenarbeit des BND mit dem CIA bei der Bespitzelung von Professoren an asiatischen Universitäten.[11]

Und nochmals wiederholt Staatsmann Frank beschwörend: "Das Ganze, meine Damen und Herren, ist ein sehr ernstes Thema ..." und fährt dann fort: "Die deutsche Asienpolitik findet in den lebenden Kräften unseres Volkes sehr solide Grundlagen: Wegbereiter des deutschen Interesses in Asien und Indien waren der deutsche Gelehrte und der deutsche Kaufmann ...". Damit hat Frank endlich einmal - wenn auch wieder ungewollt - das Problem erkannt, und für diese Ansicht findet er genügend Zeugen, so etwa in der Selbstcharakteristik von H.J. Abs, die er in Indien abgab: "Friend of India, who means business."[12] oder auch in der Interessenbeschreibung der deutschen Autokonzern-Manager, die zu der Abs-Delegation gehörten: "From informal reactions gathered, it is noted that the German automobile industry is keen to make India as the base for capturing the expanding Asian market provided the Government of India so agree" (und für dieses agreement will arbeitsteilig auch der deutsche Generalkonsul in Madras sorgen, s.o.).

---

10) nach Aussagen zweier dem iz3w namentlich bekannten Botschaftsangehörigen in Delhi vom 28. Juli 70; vgl. auch den SPIEGEL-Bericht "Harte Linie in der Hallsteindoktrin" über DIEHL in Nr. 49/1970, S. 34.

11) Dem iz3w liegen glaubwürdige Zeugenaussagen darüber vor.

12) NIF, a.a.O., S. 18.

Der jetzt folgende Satz von Frank: "Wir haben im Bereich des indischen Subkontinents keine machtpolitischen Ziele verfolgt", steht vor diesem Hintergrund als lächerliche Farce da, zumal er dazu auffordert, "sich immer wieder der Wurzeln dieses Vertrauensverhältnisses zu entsinnen". - Jawohl, Herr Staatssekretär; um Faust zu zitieren: "die Botschaft hör ich wohl, allein ich traf den Abs schon." Nach einigen Zwischenbemerkungen über die "gestaltenden Kräfte in Asien" nähert sich Frank dem peinlichen Thema Vietnam. Und er raunt vom "... offenen internationalen Konflikt in Vietnam und Kambodscha, von außen unterstützter Subversion in Thailand und Burma, von innen getragenen links-kommunistischen Tendenzen in Indien ..., traditionsfeindlichen Studentenunruhen in Japan. Alles ist da." Hochinteressant stellt sich hier dar, wie einer der ranghöchsten Diplomaten im AA als Erklärung für alles, was gegen die Thieus, Suhartos und sonstige Unterdrücker von oben und außen kämpft, nur Worte wie "Subversion" und antikommunistische Pleonasmen wie "links-kommunistisch" anzubieten hat.[13] Die Studentenunruhen in Japan reduziert er auf bloße Traditionsfeindlichkeit, so wie er die Unruhen in der BRD als unpolitischen Affekt gegen die Technik denunziert hatte.

Im letzten Abschnitt gesteht Frank schamhaft ein, "daß auch wir berechtigte Interessen in Bezug auf Asien und in Bezug auf Indien haben ...", die sich ergeben unter anderem "... aus unseren eigenen Erfahrungen beim Aufbau einer stabilen, sozial gesunden (!!!), wirtschaftlich prosperierenden Gesellschaft aus dem Nichts ..."[14], und Frank sagte ganz bescheiden, daß "... die Bundesrepublik gerade an der Verwirklichung des indischen Modells besonderen Anteil nimmt".

Der diese gesunde Gesellschaft vertretende Diplomat bietet sogar noch in einem Anfall von Altruismus, wie er nur auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entstehen kann, deutsche Vorzüge an: "wir können Gewerkschaften vorweisen, die zäh, aber (!!!) in Verantwortung für die Gesamtwirtschaft, für die Interessen der Arbeiter kämpfen. Wir haben Organisationsformen des sozialen (!!!) Wohnungsbaus entwickelt, die auch in asiatischen Großstädten interessant sein könnten ..."

Insgesamt handelt es sich bei der Rede Franks um die Äußerungen eines entschieden antisozialistisch eingestellten maßgeblichen AA-Diplomaten zur deutschen Entwicklungsländerpolitik am Beispiel Asiens, welche die Herkunft aus den AA-Denkklischees genausowenig verleugnen, wie sie die Handlangerdienste für deutsche Konzerne verbergen können.

pr

---

13) entweder schaudert es Frank hier vor dem land grab movement in Indien vom 8. August 1970, als -zig Tausende landlose Arbeiter und Bauern brachliegende (!) Grundstücke von Großgrundbesitzern gewaltlos besetzten, wobei ca. 20 000 Männer verhaftet wurden, oder noch schlimmer, er hat schon von den Naxaliten gehört, einer in zunehmendem Maße auf die indischen Hochschulen übergreifende sozialrevolutionären Bewegung, die eine gewaltsame Strategie verfolgt, nachdem ihre gewaltfreien Anfänge zusammengeschossen worden waren.

14) Dieses Nichts bestand u.a. aus 5,6 Milliarden DM Marshall-Plan-Geschenken.

KIRCHE: »Dein Geld fahre mit dir ins Verderben...«(Apg.8,20)

Seit Beschluß des Anti-Rassismus-Programms des Ökumenischen Rates der Kirchen,dem auch der Lutherische Weltbund angehört,hat die ev.-luth. Landeskirche Hannover alle wegen der Abwicklung der Finanzgeschäfte mit der Dachorganisation geschriebenen Briefe mit dem Zusatz versehen: "Wir weisen ausdrücklich darauf hin,... verwendet werden!"Im folgenden geben wir einen solchen Brief im Orginaltext wieder.

Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Das Landeskirchenamt

630 Bei (Luth.Weltbund) II 6 (11)
(Bei Beantwortung bitte angeben)

3 Hannover 1, den **16. Februar 1971**
Rote Reihe 6
Anschrift: Landeskirchenamt Hannover, Postfach 3726 u. 3727
Durchwahl-Fernruf: (0511) 1941- **272**
oder Zentrale (0511) 19411
Telegrammanschrift: Landeskirchenamt Hannover
Postscheckkonto: Landeskirchenkasse, Hannover Nr. 10100
Bankkonto: Landesbank Hannover Nr. 35913

An den
Lutherischen Weltbund
- Abteilung für kirchliche Zusammenarbeit

CH 1211 G e n f / Schweiz
Route de Ferney 150

Betr.: Beiträge zum CCC-Programm des LWB

Entsprechend den Empfehlungen des Landeskirchlichen Missionsrates haben wir die Beiträge zur Position 2 des CCC-Programms des LWB für das Jahr 1971 auf 450.000,-- DM festgesetzt.

Als erste Rate 1971 werden wir in Kürze den Betrag von 150.000,-- DM auf das Konto der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft in Hamburg überweisen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Überweisung nur unter der Voraussetzung geschieht, daß die Mittel nicht für das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen verwendet werden.

In Vertretung:

gez. Unterschrift

Eine Kopie des Orginals ist beim iz3w einzusehen

eppler in Indonesien

Minister Eppler besuchte im April Djakarta zwecks Abschluß eines Kapitalhilfe-Abkommens über ca. 13o Mill.DM mit Indonesien.
Bei der Vertragsunterzeichnung entstand eine harte Kontroverse zwischen dem Fachminister Eppler und dem deutschen Botschafter (in dessen Zuständigkeitsbereich die Unterzeichnung solcher Verträge fällt und der somit das Erstunterschriftsrecht vor Eppler forderte) um die protokollarische Reihenfolge bei der Unterzeichnung.
In einem etwa halbstündigen Telefongespräch zwischen Eppler, Djakarta und Scheel,Bonn (Kostenpunkt sicher mehrere tausend DM) wurde der Konflikt wie folgt beigelegt:
Eppler unterzeichnet den Vertrag zwar als erster,setzt seinen Namen aber tief unter den Text,sodaß der deutsche Botschafter, zwar als zweiter,doch seinen Namen an die ihm protokollarisch zustehende Stelle setzen kann.Das iz3w möchte hiermit seine Freude zum Ausdruck bringen,daß BMZ und AA zu einer so guten Art produktiver Zusammenarbeit gefunden haben.

Die Arbeitstagung der Aktionsgruppen Dritte Welt in Trier hat dem Herrn Minister zu seiner Rückkehr folgendes Grußtelegramm übermittelt (auf Schmuckblatt LX 51,Blumenstilleben):

Die Bundeskonferenz der Arbeitsgruppen Dritte Welt,die vom 16.-18.4. in Trier tagte,begrüßt sie nach Ihrer Rückkehr aus Indonesien aufs Herzlichste und beglückwünscht Sie zum Erfolg Ihrer Reise.Damit wird hoffentlich die zersetzende Kritik linker Kreise an der mit uns befreundeten Regierung Suharto eingedämmt.Gleichzeitig protestieren wir aufs Schärfste gegen die Behinderung Ihres Erstunterschriftsrecht durch die deutsche Botschaft.

Es lebe die deutsch-indonesische Freundschaft!

Indonesien

Frankfurter Rundschau
1. März 1971.

Säuberungsaktionen seit fünf Jahren

Die antikommunistische Hexenjagd in Indonesien hat sich mittlerweile zu einem unerläßlichen Alibi für das autoritäre Selbstverständnis des Suharto-Regimes entwickelt. Seit den Progromen der Jahre 1965-66, deren Opfer auf eine halbe Million geschätzt werden, haben die Säuberungsaktionen nicht aufgehört.

Mittlerweile fristen rund 120 000 angebliche und echte Kommunisten in den staatlichen Gefängnissen ein Dasein, das von Hunger, Krankheiten und materieller Ausbeutung gekennzeichnet ist. Sie wären vergessen geblieben, wenn nicht die willkürliche Ermordung Hunderter von Häftlingen die Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht hätte. In Purwodadi auf Zentraljava beispielsweise hatte ein Gefängnisdirektor 3 500 Häftlinge durch Genickschläge mit Eisenstangen umbringen lassen.

Die Regierung ist inzwischen darangegangen, die politischen Gefangenen je nach ihrer Bedeutung in vier Kategorien einzuteilen. Aktiven PKI-Führern und Putschteilnehmern wird sukzessive der Prozeß gemacht.

Südd.Zeitung
5.3.71

Indonesische Armee von Kommunisten „gesäubert"

Djakarta (UPI)

Die indonesische Armee ist nach Angaben eines Regierungsbeamten in der jüngeren Vergangenheit von „prokommunistischen Elementen gesäubert" worden. Generalmajor Yoga Sugama sprach in Djakarta von rund 80 Prozent und kündigte gleichzeitig weitere Verhaftungen an. Er räumte jedoch ein, daß die „kommunistische Bedrohung" in Indonesien noch sehr ernst genommen werde. In verschiedenen Teilen des Landes „gedeihen" die Kommunisten nach den Worten des Generals. Sumaga kündigte für die im Juli bevorstehenden allgemeinen Wahlen eine „Verschärfung des politischen Klimas" an. Zur Begründung führte er die Uneinigkeit der politischen Parteien in Indonesien an. Die Kommunisten beschuldigte der General, Unruhe heraufzubeschwören.

CDU:

Schwarze Deutsche im Afrika der Weissen

Die beiden CDU-MdBs G. Rinsche (stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit!) und H. Häfele unternahmen vom 15.-26. Februar 1971 im Auftrag ihrer Fraktion (in der sie als recht progressiv gelten) eine "Informations"-Reise durch Südafrika. Hier die vollständige Wiedergabe ihres Reiseberichts, der als vertrauliches Papier den CDU/CSU-Abgeordneten zugeleitet wurde.

Dr. Hansjörg Häfele, MdB
Dr. Günter Rinsche, MdB

Bonn, den 3. März 1971

Folgerungen aus einer Reise in die Republik Südafrika

Nach einer Reise, die Dr. Häfele und Dr. Hellige 1967 für den Entwicklungshilfeausschuß durch Schwarz-Afrika unternommen hatten, regten sie im Ausschuß eine ähnliche Reise nach Südafrika an, um die dortigen Methoden der Entwicklungspolitik zu studieren. Am Widerstand der SPD scheiterte dieses Vorhaben. Auf Vorschlag unserer Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik fuhren Dr. Häfele und Dr. Rinsche für die Fraktion nach Südafrika. Die Reise dauerte vom 15. bis 26. Februar 1971. Es ist klar, daß die Eindrücke nicht umfassend, vielmehr nur beispielhaft sein können.

1. Es ist falsch, mit ideologischen Vorurteilen und ohne Kenntnis des Entwicklungsstandes Afrikas überhaupt, ja sogar der Veranlagungsunterschiede zwischen Afrikanern und Europäern, Südafrika beurteilen zu wollen. Auf Jahrzehnte, wohl Generationen, gibt es zur derzeitigen Politik der Apartheid, heute lieber genannt: der multinationalen Entwicklung, im Grundsatz kaum eine Alternative, es sei denn das Chaos. ("Man kann ein Frucht nicht reif pressen." Afrikanisches Sprichwort).

2. Man kann nicht alles billigen, was in Südafrika geschieht. Es ist aber doppelte Moral, überallhin in der Welt Informationsreisen zu unternehmen, auch nach Osteuropa, wo wesentlich weniger Freiheit besteht und demonstrierende Arbeiter niedergeschossen werden, Südafrika aber auszusparen. Eine Politik der Isolierung ist falsch; wenn irgendwo die Regel "Wandel

durch Annäherung" richtig ist, dann gegenüber Südafrika.

3. Gerade wir Deutschen genießen in Südafrika ein hohes Ansehen und haben ein starkes wirtschaftliches Interesse; die Republik Südafrika ist nach den USA unser größter Absatzmarkt in Übersee. Japan ist im Vordringen.

4. Wir Deutschen sollten ideologiefrei und unverkrampft unsere längerfristigen nationalen und die Interessen der freien Welt wahrnehmen, ohne allzu sehr danach zu schielen, ob irgendjemand deshalb die Stirn runzelt. Das Beispiel Guinea, das von uns die größte Entwicklungshilfe erhalten hat, zeigt, daß wir Fehler gemacht haben. Wenn ein schwarz-afrikanischer Staat mit der Anerkennung der DDR droht, falls wir ihm nicht zusätzlich Entwicklungshilfe geben oder weil wir normale Beziehungen mit Südafrika pflegen, soll man ihn ruhig laufen lassen und jede Hilfeleistung einstellen. Dies verschafft längerfristig am meisten Ansehen - überall.

5. Die Republik Südafrika hat rd. 22 Mio Einwohner, davon rd. 4 Mio Weiße, 2 Mio Mischlinge, 15 Mio Bantus, 0,6 Mio Asiaten. Es ist falsch und führt zu unzutreffenden politischen Folgerungen, wenn man von der Annahme einer geschlossenen nichtweißen Bevölkerungsmehrheit ausgeht. In Wirklichkeit sind die Bantu-Stämme unter sich und die anderen Gruppen derart verschieden, gegensätzlich, daß das eigentliche Problem darin besteht, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bzw. Nationen ohne Majorisierung und Unterdrückung vernünftig miteinander leben und sich entfalten können.

6. Die Idee, die verschiedenen Bantu-Stämme in Heimat-Ländern zu entwickeln, und ihnen Schritt für Schritt dort die Selbständigkeit zu geben, wird mit Energie und unter Einsatz beachtlicher Mittel verfolgt. Das offizielle Ziel ist eine Art Commenwealth of Nations zwischen den Weißen, Asiaten, Mischlingen und den verschiedenen Bantu-Stämmen. Es wird praktisch sehr viel für die Bantus getan, z.B. im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Infrastruktur. Die Entwicklung der Transkei etwa, die heute schon weitgehend Autonomie genießt, ist in vielem vorbildlich. Kaum ein anderer afrikanischer Staat dürfte Entsprechendes leisten. Nirgendwo sonst in Afrika haben die Schwarzen einen höheren Lebensstandard. Methodisch kann unsere Entwicklungspolitik hier nur lernen.

7. Ein Problem sind die zahlreichen Bantus, die, von ihren Familien getrennt, in den Großstädten arbeiten. Es dürfte kaum gelingen, sie alle wieder in ihre Home-Lands zurückzubringen.

8. Ein weiteres Problem sind die 2 Mio Mischlinge. Es wird auch für sie sehr viel getan. Sie wollen mit den Bantus nichts zu tun haben. Auf die Dauer werden es sich die neuen Intelligenz-Schichten, auch der Bantus, jedoch wohl kaum gefallen lassen, unter Sonderrecht zu stehen. Ist es z.B. zu halten, daß ein Dozent, weil Mischling, einen anderen Aufzug benutzen oder auf einer anderen Parkbank sitzen muß als ein Weißer?

9. Auf dem Felde der Sozialpolitik und der humanen Behandlung sind weitere Fortschritte erstrebenswert und nach unserer Überzeugung auch erreichbar.

10. Wir Deutschen sollten verstärkt Kontakt pflegen. Hätten andere Völker auch so vorbereiteten Boden im Land wie wir, sie würden ihn wesentlich besser nutzen.

- Begegnungen zwischen Abgeordneten beider Länder sollten öfters stattfinden. Der Bundestagspräsident sollte die Gegeneinladung des Speakers annehmen.
- Die deutsche Schule in Windhuk, die einzige in Afrika außer der in Addis Abeba, welche zum Abitur führt und von weither, auch von anderen Staatsangehörigen, besucht wird, sollte materiell besser unterstützt werden.
- Wir sollten ein Goethe-Institut in Südafrika errichten und Auslandsgastspiele fördern.
- Für die Prospektierung und Förderung des vermutlich großen Uranvorkommens in Südwestafrika sollten deutschen Firmen Garantien gegeben werden. (Wenn wir es aus falschen Rücksichten nicht machen, werden es statt uns zehn andere tun.)
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung sollte in Südafrika, z.B. in Swasiland und in Lesotho, vertreten sein.

Reiseroute

München (Flugzeug) - Johannesburg/Pretoria - (Pkw) - Arabi bei Grobblersdal im Transvaal - Pretoria (Flugzeug) - Windhuk mit Umgebung - Johannesburg - East London (Pkw) - Butterworth - Kentani - Umtata in der Transkei - East London (Flugzeug) - Kapstadt mit Umgebung - Johannesburg - Zürich - Köln.

DEUTSCHLAND

CDU

RASSISMUS

Nach Umtata

zum Rinsche/Häfele-Besuch in Süd-Afrika
Spiegel, 22.3.71

Ihre Erkenntnisse sammelten die Unions-Botschafter vornehmlich bei südafrikanischen Regierungsstellen, so bei den Ministern für Äußeres, für Verteidigung und für die Bantu-Einwohner. Kontakte zu weißen oder farbigen Angehörigen der Opposition im Land suchten sie nicht.

Nur einmal, im Restaurant „Blue Pieter“ in Kapstadt, saß beim Hummer-Diner der südafrikanische Abgeordnete Jacob („Japie“) Daniel du Plessis Basson von der gemäßigteren United Party (UP), Schatten-Außenminister der Opposition, mit am Tisch. Basson zum SPIEGEL: „Die beiden machten nicht den Eindruck, als ob sie wirklich etwas wissen wollten. Die hatten offenkundig ihre Meinung schon vor ihrer Reise gebildet und suchten hier noch die Bestätigung.“

Bonns Entwicklungsminister Erhard Eppler (SPD) ist über das schriftliche Ergebnis des Abgeordneten-Ausflugs nach Südafrika entsetzt: „Wenn dies die Politik der Bundesregierung würde, so könnten wir unsere übrige Afrika-Politik getrost einstellen.“

RHODESIEN: 21:1

Die politische Macht der rhodesischen Einwanderer

von Eshmael M'lambo[1])

(Artikel aus The Times vom 17.3.1971, übersetzt von Ingeborg Fina)

Bei allen zukünftigen Kontakten zwischen Großbritannien und dem rhodesischen Regime, die jetzt wieder im Gespräch sind, werden es britische Minister nicht nur mit Vertretern einer ausgesprochen kleinen Minderheit verglichen mit der überwältigenden, nicht vertretenen Mehrheit der Rhodesier zu tun haben, sondern auch mit Vertretern einer Minderheit, die größtenteils erst vor kurzem eingewandert ist.

Ein Merkmal der rhodesischen Politik ist, daß sich die Macht in den Händen derjenigen befindet, die weniger als 20 Jahre in dem Lande wohnen. Zwischen 1960 und 1970 verließen 88 210 Weiße das Land, während im gleichen Zeitraum 82 170 Weiße einwanderten. Nur 141 790 von insgesamt 230 000 Weißen kamen schon vor 1960 nach Rhodesien. 1967 gab es 76 000 Wahlberechtigte, 1969 waren es 90 000. Zwischen 1965 und 1967 wanderten 22 480 ein, während 8 870 das Land verließen, was einen Bevölkerungszuwachs von 13 610 bedeutet; dies kommt der Steigerung der Wahlberechtigten zwischen 1967 und 1969 sehr nahe.

Alle Weißen - die 10 % ausgenommen, die im Lande selbst geboren wurden - besitzen doppelte Staatsangehörigkeit. 1969 wurde berichtet, daß 80 000 britische Bürger in Rhodesien ein Anrecht auf einen britischen Paß hatten; dies im Vergleich zu 83 000 weißen Wahlberechtigten. Nur 6 von 50 weißen Abgeordneten, die zwischen 1962 und 1970 im Parlament vertreten waren, sind im Land geboren worden.

1939 gab es in Rhodesien nur 64 000 Weiße im Gegensatz zu 1 400 000 Afrikaner. Die jährliche Einwanderungsquote belief sich auf 3 000, die Wählerschaft betrug 28 894, davon waren weniger als 100 Afrikaner. 1949 hatte sich die weiße Bevölkerung fast verdoppelt (114 000), was einer Zunahme von 50 000 Einwanderern entspricht. Eine Gesamtzahl von 53 665 Weißen kam in den unmittelbaren Nachkriegsjahren (1946 - 1949) nach Rhodesien; darunter Leute wie Clifford D u p o n t, ein wenig erfolgreicher Anwalt aus London, der heute die bedeutende Stellung des

---

1) M'lambo ist Rhodesier und war in seinem Land als Lehrer tätig; zur Zeit arbeitet er an einem Forschungsauftrag der London University.

Präsidenten der Republik Rhodesien innehat. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich nahezu die Wählerschaft auf 48 000, hiervon immer noch nur wenig mehr als 100 Afrikaner.

In den nächsten 10 Jahren, 1950 - 1960, erhöhte sich die Zahl der weißen Einwohner von 125 000 auf 221 000, während die afrikanische Bevölkerung von 2 040 000 auf 2 830 000 anwuchs. Rund 96 000 der weißen Bevölkerung wanderten in diesem Zeitraum ein, womit die Wählerschaft auf 83 486 anstieg.

Der Wirtschaftsaufschwung des Bundes in den 50-er Jahren verursachte eine große Welle der Einwanderung nach Rhodesien, insbesondere zwischen 1955 und 1960, als 61 700 mehr Weiße zuwanderten. Die politische Macht haben also die Einwanderer aus den Jahren 1946 bis 1960 inne. Nur 6 Abgeordnete - unter ihnen Ian Smith - wurden in Rhodesien geboren.

In Zeiten wirtschaftlicher Flauten setzt eine allgemeine Auswanderung derer ein, die genügend Mittel gespart und erworben haben, um bequem im Ausland leben zu können. Der Zusammenbruch des Bundes verursachte 1963 eine Abwanderung von 14 320 Weißen und von 15 410 im Jahre 1964. Die Furcht vor militärischer Intervention zur Zeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung löste eine weitere Welle der Auswanderung aus. 1965 verließen 7 670, 1966 weitere 8 510 Einwohner das Land.

Die Verfassung von Rhodesien führt ein zweigliedriges Wahlsystem ("two-tier system") ein, das afrikanische Wählerstimmen auf afrikanische Kandidaten beschränkt. Das bedeutet in der Praxis, daß 1 500 000 Afrikaner der Stadtgebiete 8 Abgeordnete, 230 000 Weiße dagegen 50 Abgeordnete wählen. Die restlichen 8 Afrikaner vertreten über 3 000 000 Landbewohner. Die Sitze werden proportional zum Einkommenssteuerbeitrag jeder Rasse verteilt.

Insgesamt zahlen nur 986 Afrikaner Einkommenssteuer von insgesamt 64 744 Pfund, d.h. nur 0,5 % von 12 000 000 Pfund der Gesamtsteuereinnahmen aus direkten Steuern. Die Europäer kommen für 20,5 % von 57 500 000 der Staatseinkommen auf. Der Restbetrag setzt sich aus Steuerzahlungen der Firmen, Umsatzsteuer, Ein- und Ausfuhrzöllen, Strafgebühren und Einnahmen aus anderen Quellen zusammen. Da die Firmen den größten Beitrag an Umsatzsteuern zahlen, würde ihnen die republikanische Verfassung logischerweise die Mehrzahl der Sitze im Parlament gewähren.

Verglichen mit Großbritannien zahlen Rhodesier verhältnismäßig wenig Einkommenssteuern. Tatsächlich ist das rhodesische Steuersystem dazu bestimmt, Einwanderer aus Ländern mit hohen Steuerquoten anzuziehen. 27 762 Arbeitnehmer haben ein jährliches Einkommen von 500 bis 1 250 Pfund (1970): sie sind größtenteils Farbige und Asiaten, die zwischen 2 und 13 Pfund an Einkommenssteuern zahlen, wenn sie ledig sind. (In Bezug auf die Wirtschaftsstatistiken werden Farbige und Asiaten in Rhodesien als Europäer eingestuft.) Die übrigen, hauptsächlich Weiße, zahlen erst Steuern, wenn sie jährlich mehr als 1 275 Pfund verdienen, und auch dann nur sehr wenig. Ein Mann mit einem Einkommen von 3 000 Pfund, der fünf Kinder hat, zahlt nur 16 Pfund 4s. jährlich.

MOZAMBIQUE: Verteidigung des Abendlandes lohnt sich ...

Hartes Interesse an Mozambique

Portugal will in arabische Versorgungslücke eindringen

Der französische Ex-General Paul Vanuxen soll Recht behalten: "Die Verteidigung der portugiesischen Afrika-Besitzungen lohnt jedes Opfer." Eine geschickte Geschäftspolitik der portugiesischen Regierung hat es verstanden, vielfältige internationale Interessen an Mozambique zu binden, denn diese Kolonie schwimmt buchstäblich in Erdöl, Uran, Gold und seltenen Metallen, die nur auf ihre Förderung warten, an Orten, die in den Büros internationaler Konzerne bereits mit Fähnchen gekennzeichnet sind.

Nachdem Algerien, Libyen und andere arabische Länder die Erdölproduktion drosseln, schickt sich Portugal an, in die von arabischen Nationalinteressen geschaffene künstliche Versorgungslücke einzudringen. Bei der Verteidigung von Mozambique gegen die afrikanischen Nationalisten geht es auch um handfeste wirtschaftliche und geschäftliche Belange. Das gibt Lissabon freimütig zu.

Elf Erdölgesellschaften, die noch in diesem Jahrzehnt das große Geschäft machen wollen, schürfen in Mozambique und seinen Küstengewässern - jedes Jahr investieren sie dafür insgesamt 100 Millionen DM. Neben der "Mozambique Gulf Oil" und "Pan American Oil of Mozambique", die ihre Investitionen schnell amortisieren wollen, sind längs der Küste von Ponte Uro (Goldbrücke) bis zum Sambesi-Delta die USA-Gesellschaft "Suray and Skelly", die "Anglo-American", "Hunt" und "Texaco" aktiv.

An diesen Gesellschaften ist auch Kapital aus Portugal, West-Deutschland, USA, Frankreich und Süd Afrika beteiligt. Nach Feststellung von Geologen ist Mozambique im Ölreichtum vergleichbar mit der Biafra-Küste, dem persischen Golf und Venezuela. Die Portugiesen versichern, ihre Besitzung sei mit Supertankern näher an Europas Verbrauchermärkten als etwa der mittlere Osten. Mit Bohrinseln wird bereits 80 Seemeilen vor Beira entfernt und 19 Seemeilen vor Sofala gefördert.

Wie Angola ist auch Mozambique reich an Bodenschätzen. Die Reichtümer sind so gewaltig, daß es lange Zeit dauert, um nur einigermaßen einen Überblick zu gewinnen. Für die 80er Jahre will Portugal groß in die Uranförderung einsteigen; die Distrikte Nampula und Tete enthalten gewaltige Uranvorräte. In Tete soll das große Stauwerk Cabora Bassa entstehen. Ende des vorigen Jahrhunderts herrschte in Mozambique ein wahres Goldfieber; der Hafen Beira wurde eigens für den Abtransport des Goldes gebaut. Obwohl die Goldförderung jahrzehntelang ruhte, wird sie jetzt wieder intensiv betrieben.

Schon der Afrikareisende Livingstone entdeckte vor 100 Jahren, daß das Eisenerz von Tete dem schwedischen Erz an Qualität überlegen ist. Das Gebiet von Tete ist so reich an Mineralien aller

Art, daß sich hier auf engstem Raum Bodenschätze anhäufen, die anderswo nur spärlich verteilt sind. Portugal will sie "vollständig" ausbeuten. Wenn erst einmal der Cabora Bassa-Staudamm billige Energie liefert, sollen an Ort und Stelle Schmelzereien für Eisenerz, Bauxit und Kupfer entstehen und das Verkehrsnetz verbessert werden. In Machedua finden sich Titan und Magnesit, in Moatize hochwertige Anthrazitkohle, in Macossa-Marinque' Fluorit, in Montes Atchiza Kupfer und Eisen - das Kohlegebiet von Vuzi-Mucanha-Bohozi ist außerdem reich an Uran.

Portugals Erwartungen sind hochgeschraubt: mit 5 000 Eingeborenen und 850 europäischen Spezialisten sollen in Kürze jährlich Vier Millionen Tonnen Eisen gewonnen werden, und die "Urangesellschaft von Mozambique" will außerdem eine Stahlkocherei mit einer Jahresanfangskapazität von 250 000 Tonnen einrichten. Der Distrikt Tete dürfte der mineralreichste Mozambiques sein.

Die Ausbeutung der Mineralien im Sambesi-Tal von der Grenze mit Zambia bis Malawi sicherte sich eine Gesellschaft, an der der Portugiese Leonel Santos und die südafrikanische "Johannesburg Consolidated Inc." mit je 50 % beteiligt sind. Die portugiesisch-belgische "Kohlegesellschaft Mozambique" beutet die Kohlevorkommen aus, mit einer Monatsförderung von mindestens 10 000 Tonnen Anthrazit, die teilweise nach Japan exportiert wird.

Herrmann Deml in VDI-Nachrichten
September 1970

ANGOLA:

... mit allen Mitteln

Anwendung von Pflanzenvernichtungsmitteln in Angola

Aus dem Bericht der Expertengruppe der UN-Menschenrechtskommission vom 2.2.1971 (Papier E/CN 4/1050, Kapitel V, B, ii - Seite 212), übersetzt von B. Sandkühler

Verstäuben von Pflanzenvernichtungsmitteln in Kulturen von Angola

511. Nach Aussage von Herrn Lara ist es notwendig, daß die Vereinten Nationen in Angola tätig werden, um das Verbot vom Internationalen Recht verurteilter Unterdrückungsmethoden zur Geltung zu bringen, da die Portugiesen insbesondere chemische Waffen verwenden, wie Herbizide, die unter dem Namen Tozdon im Handel sind.

512. Nach Frau Dr. Anna Wilson (mündliche Aussage) verwenden die portugiesischen Truppen in neuerer Zeit gewisse Chemikalien zur systematischen Vernichtung der Ernten. Der Zeugin zufolge wären diese Stoffe erstmalig in der befreiten Gegend der 3. Zone Angolas im April und Mai 1970 angewandt worden. Die Herbizide und Entlaubungsmittel bestanden aus 2,4-D (Dichlorphenoxyacetinsäure), 2, 4, 5-T (Trichlorphenoxyacetinsäure), Kakodylsäure und Pichloram. Der Zeugin zufolge ziehen diese Stoffe nicht nur die Pflanzen in Mitleidenschaft, sondern verursachen Krankheiten von Lunge, Magen und Zahnfleisch, verursachen Durchfall und Erbrechen beim Menschen, denen zahlreiche Personen in wenigen Minuten erliegen. Besprühte Pflanzen wie Maniok und Kartoffeln zeigen unter der Wirkung der Entlaubungsmittel Zeichen von Zersetzung und das ganze Laub rollt sich in weniger als vierundzwanzig Stunden ein.

513. Herr Alfonso Mundandano bezeugte, daß am 20.5.1970 ein portugiesisches Flugzeug chemische Substanzen über seinem Dorf in der Gegend von Moxico in Angola zerstäubt hat, wodurch die Ernten, das Vieh und die Fische vernichtet wurden und die Bevölkerung durch die hervorgerufenen Krankheiten gezwungen wurde, die Gegend zu verlassen, zumal es nichts mehr zu essen und zu trinken gab. Er sagte weiter aus, daß die Portugiesen alles zu zerstören suchten, was der Ernährung dienen könnte und Flugblätter abgeworfen hätten, in denen sie ihre Rückkehr androhten für den Fall, daß der Widerstand in der Gegend andauere. Nach Herrn Mundandano seien die Gegenden von Buçaco, Leua, Cameia, Lumbala und Cazombo im Bezirk Moxico Ziele von Angriffen mit chemischen Gasen gewesen. Herr Kongo wies darauf hin, daß auch Pflanzungen in der ersten Operationszone im Norden, in der Gegend von Ambriza, Zala, Bessa Monteiro, Negage, Coipemba, Dange, Caxito, Quitexe, Ambrižete, Quicabo, Ucua, Canacassala und Nambuangongo betroffen wurden, sowie gegenwärtig in der 2. Operationszone in Terreiro, Bezirk Cuanza Norte, Bolongongo, Condo, Rio Mawalawala und Camcilu.

514. Nach Aussage von Herrn Kongo haben die Portugiesen Maschinen der angolesischen Lufttransportdivision eingesetzt, die mit einer Einrichtung zum Zerstäuben von Stoffen über Pflanzungen versehen sind und in geringer Höhe etwa sechs Meter über der Erde fliegen und chemische Substanzen verwenden. Der Zeuge erklärte, daß zwei Tage nach dem Zerstäuben der Stoffe die Wurzeln der Maniok- und Bananenpflanzen anfingen zu faulen. Andere Pflanzen, wie Cassaven, grüne Bohnen und Erdnüsse wurden ebenfalls betroffen. Er fügte hinzu, daß die Giftstoffe Kinder für zwei Wochen zum Husten brachten und daß die Kinder fast daran gestorben wären.

Das iz3w wird in einer der nächsten Nummern genauer auf diesen Bericht eingehen (siehe auch Inhaltsübersicht in der Literaturliste).

Portugal ist bereit, seine Häfen der NATO "zur Verfügung zu stellen" verkündete am Mittwoch in Beira der General de Sa Viana Rebelo, portugiesischer Verteidigungsminister und Armeeschef, der gerade fünf Tage in Mozambique verbringt (Le Monde 22.1.71)

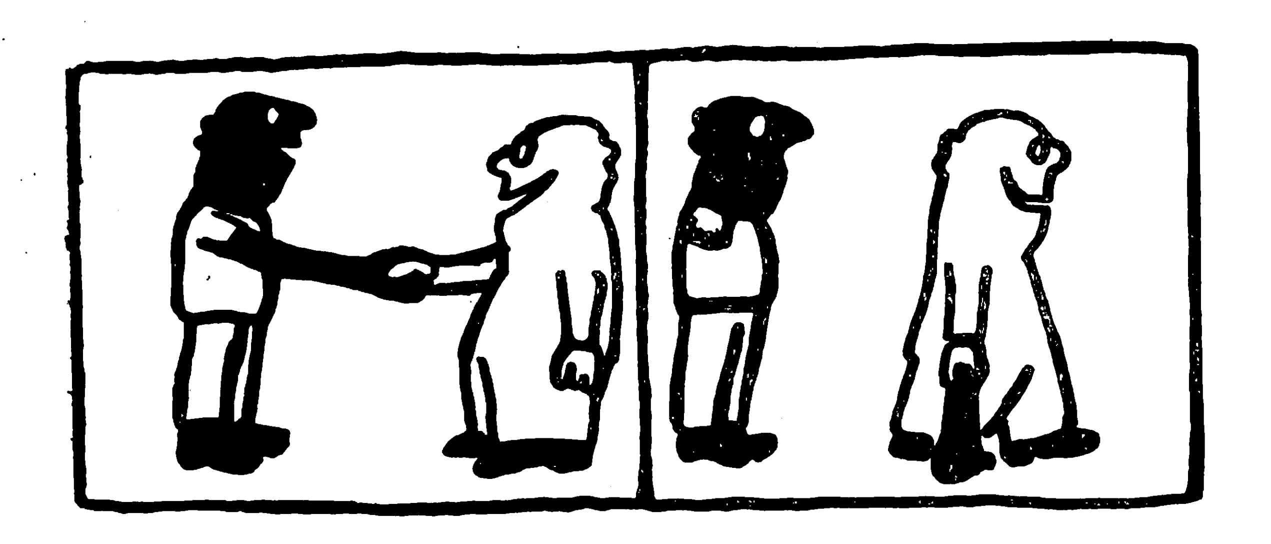
● « *Le Portugal est prêt à mettre ses ports africains à la disposition de l'OTAN* », a déclaré mercredi à Beira le général de Sa Viana Rebelo, ministre portugais de la défense et chef des armées, qui vient de passer cinq jours au Mozambique. — *(A.F.P.)*

LESOTHO: Putsch im Geiste Adenauers

aus epd-Entwicklungspolitik 8/70

Lesotho - "ganz spaßig"

epd Frankfurt a.M. "Deutsche Vertreter in Lesotho spielen keine schöne Rolle". So glossierte der "Vorwärts" am 8.5.70 die Entwicklung in Lesotho, bei der sich die bundesdeutsche Vertretung deutlich auf die Seite der Interessen der Südafrikanischen Republik gestellt hat. Gründlicher untersucht Gottfried Wellmer "Lesotho - zur wirtschaftlichen Lage des südafrikanischen Landes" die Ereignisse in den ersten Wahlen 1970 nach der Unabhängigkeit Lesothos (1966). In einer ausführlichen Analyse (Evangelische Kommentare, Stuttgart, 6/1970) stellt der Autor die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Lesothos von Südafrika fest. "Nur von diesem Bezug her können ... die Ereignisse um den Putsch im Januar 1970 richtig verstanden werden." Weder der Vertreter der im entwicklungspolitischen Feld tätigen "Konrad-Adenauer-Stiftung" in Lesotho noch der bundesdeutsche Botschafter in diesem Land haben die massiven Interventionen der Südafrikanischen Republik zu verhindern gesucht. Vielmehr umgekehrt: "Herr Baumhauer von der Konrad-Adenauer-Stiftung war es, der für Chief Jonathan Leabua, Premierminister Lesothos, die Planung des Putsches ausführte." Und der bundesdeutsche Diplomat war der einzige, der neben den Nationalchinesen Leabua nach dem Putsch offen unterstützte. "Dies kann eigentlich nur dadurch erklärt werden, daß die gegenwärtige Regierung von ihrem Botschafter in Lesotho unzureichend über das unterrichtet wurde, was in Lesotho vor sich ging und geht."



Südliches Afrika:

Hintergrund-Informationen, Kurznachrichten, Abstracts

Hintergrund-Informationen zur Lage im Südlichen Afrika (zusammengestellt aus Facts and Reports, Zeitschrift des Angola-Komitee's Amsterdam)

Fortschritte im Befreiungskampf

Nach einem Besuch in Angola veröffentlichte Basil Davidson seine Eindrücke über die Lage des Befreiungskampfes (The New Statesman, Großbritannien, 30.10.70). Dort fand er, daß die MPLA (Movimento Popular de Libertaçao de Angola) als einzige wirkungsvolle Freiheitsbewegung jetzt anerkannt wird und ihren Machtbereich von Osten aus ständig erweitert. Die zwei anderen rivalisierenden Bewegungen, UNITA (Uniao Nacional para a Independência Total de Angola) und GRAE (Governo Revolucionario de Angola no Exil), spielen eine immer kleinere Rolle. In Guinea, wo die PAIGC (Partido Africano de Independência da Guinee e Cabo Verda) unbestritten ist, wird die sich ständig verbessernde militärische Lage der Freiheitskämpfer nicht einmal von den Portugiesen dementiert. In Mozambique dagegen war die FRELIMO durch Führungsschwierigkeiten stark behindert; jedoch hat eine Offensive im Sommer den portugiesischen Truppen schweren Schaden zugefügt. Trotz einer portugiesischen Truppenzahl von 125 000 Soldaten scheint es immer wahrscheinlicher, daß Portugal den Krieg langsam aber sicher verliert. Die Freiheitskämpfer glauben an ihren Sieg, auch wenn er mangels ausreichender ausländischer Hilfe lange ausbleiben könnte.

In Rhodesien gibt es auch Zeichen, daß der Kampf intensiver wird, obwohl Informationen wegen Abriegelung des Kampfgebietes recht schwer in die Öffentlichkeit dringen. In einer Rede erklärte der rhodesische Präsident, Clifford Dupont, daß sich bald eine "neue Phase" abzeichnen würde und daß die Streitkräfte verstärkt werden müßten, um jeder Drohung begegnen zu können (The Guardian, GB, 29.10.70).

Diese Ereignisse bleiben nicht ohne Bedeutung für Südafrika. Basil Davidson meint, daß das Apartheidsystem seinen ersten Kampf um die Zukunft in den portugiesischen Kolonien vor sich hat. Er zitiert eine am 17. September 1970 von Vorster gehaltene Rede, in der Vorster vor der wachsenden Möglichkeit eines Rassenkrieges gewarnt hat. Diese Bewertung der gegenwärtigen Situation zwingt Südafrika zu einem großen Engagement in den genannten Ländern. Nach einer Schätzung (Österr. Milit. Zeitschrift, Heft 2, 1970) dient schon 1/3 der südafrikanischen Streitkräfte in Rhodesien und im Tete-Gebiet (Mozambique).

Südafrika beschränkt sich aber nicht nur auf einen militärischen Eingriff. Auf diplomatischem und wirtschaftlichem Weg versucht Vorster mit seiner "outward policy" (nach außen gerichteten Politik) die Freiheitsbewegungen zu schwächen. Dabei wollen ihm anscheinend auch einige schwarzafrikanische Staaten (u.a. Malawi,

Ghana, Elfenbeinküste, Madagascar, Gabun, Togo und Niger) helfen. Zum Beispiel erklärte Dr. Busia von Ghana, daß die Guerillakämpfer machtlos gegen die Übermacht Südafrikas seien und daß ein Dialog mit Südafrika eher zur Beendigung der Apartheidspolitik führen könnte (Financial Times, GB, 11.11.70). Präsident Houphouet-Boigny (Elfenbeinküste) schlug eine OAU-Konferenz mit der Teilnahme Südafrikas vor (Financial Times, GB, 6.11.70). Madagascar hat sogar ein Darlehen von 1 350 000 Sterling von Südafrika erhalten und den Außenminister Muller empfangen (The Times, GB, 20.11.70). Vorsters "outward policy" scheint also Fortschritte zu machen. Sein Ziel ist offensichtlich: Schwarzafrika in 2 Lager zu teilen und damit die Drohung der Freiheitsbewegungen zu vermindern und der Apartheidspolitik moralische Unterstützung zu gewähren.

Kurznachrichten

Eine neugeplante Eisenbahnlinie, deren östlicher Teil vom sambischen Kupfergürtel bis Dar-es-Salaam und deren westlicher Teil von Katanga zum Hafen Banana (Kongo) reichen soll, könnte die schwarzen Staaten Afrikas von den von Weißen kontrollierten Verkehrsnetzen weitgehend unabhängig machen. Die östliche Linie wird von China gebaut, die westliche wahrscheinlich von einem anglo-belgisch-japanischen Konsortium. Die Linie wird nicht nur den riesigen Bodenschätzen von Sambia und Katanga eine Ausfuhrmöglichkeit bieten, sondern zwangsläufig die Entwicklung der kleinen Städte in ihrer Nähe vorantreiben (The Star Weekly, SAU, 10.10.70).

Die portugiesische Marine hat der angolesischen Flotte eine neue Korvette zugefügt. Sie wurde in Hamburg als erstes von 6 Schiffen gebaut, die von deutschen und spanischen Werften bestellt worden sind (The Star Weekly, SAU, 19.9.70).

Zwei portugiesische Schiffe, die "Cunene" und die "Vera Cruz", die Vorräte und Truppen zu den portugiesischen Kolonien nach Afrika transportieren, sind im Hafen von Lissabon durch Bombenanschläge beschädigt worden. Die "Accao Revolucionaria Armada", eine angeblich kommunistische Aktion, hat die Verantwortung übernommen. Die portugiesische Oppositionsbewegung F.P.L.N. (Frente Patriotica de Libertacao Nacional) hat die Anschläge begrüßt und sich für eine vierte Front neben denjenigen von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau gegen die portugiesische Regierung ausgesprochen. (Le Monde, Frankreich, 1.11.70; Communiqué der F.P.L.N., 27.10.70.)

Einige kleine Zeichen deuten darauf hin, daß Präsident Nixon einer freundlicheren Politik gegenüber Südafrika entgegensteuert. Zum ersten Mal seit dem UN-Embargo liefert die USA an Südafrika unbewaffnete Flugzeuge, die zum Einsatz in der südafrikanischen Armee bestimmt sind. Außerdem sind grundlegende Änderungen in der Besetzung des "Advisory Council for African Affairs", den Nixon in seiner Afrikapolitik berät, vorgenommen worden. Die Mitgliederzahl ist von 50 auf 17 reduziert worden. Im übrigen sind alle früheren Mitglieder, hauptsächlich Kirchenmänner und liberale Akademiker, außer einem einzigen durch Ge-

schäfts- und Bankleute ersetzt worden. Ein drittes Zeichen besteht darin, daß die amerikanische Ablehnung der vorgeschlagenen britischen Waffenlieferungen an Südafrika wesentlich unbedeutender geworden ist (Financial Times, GB, 28.10.70).

Die nationale Studentenunion Großbritanniens hat zum Boykott gegen Barclays Bank aufgerufen, weil diese Bank das Cabora-Bassa-Konsortium unterstützt. Viele Studenten und Studentenvereine haben Kontos bei Barclay (The Times, GB, 31.10.70).

Die Schweizer Regierung will Schweizer nicht daran hindern, an dem Cabora-Bassa-Projekt teilzunehmen (The Times, GB, 31.10.70).

Siedlungspolitik Portugals

Ein Bericht der Zeitschrift "Migration Today" (Weltkirchenrat, Genf, Nr. 15, 1970) befaßt sich mit der Siedlungspolitik Portugals in Angola und Mozambique (die dritte portugiesische Kolonie in Afrika, Guinea-Bissau, ist wegen des heißen, feuchten Klimas für Europäer ungeeignet).

1961 wurden regionale Ansiedlungsämter mit dem Ziel gegründet, die Einwanderung zu fördern und kleine, hauptsächlich portugiesische Siedlungen überall in den Kolonien zu errichten, um sie für immer an Portugal zu binden. Außerdem wurde früheren Soldaten besonderer Anreiz gegeben, in den Kolonien zu bleiben, um vor allem in den Grenzgebieten einen Sicherheitsgürtel gegen eindringende Freiheitskämpfer zu bilden. Der Erfolg dieses Plans ist nur mäßig: 1966 waren 4 800 ehemalige Soldaten in Angola, davon nur 152 in strategischen Siedlungen.

Die Siedlungsämter haben keine afrikanische Vertretung. Dadurch ist die Landverteilung nicht unter Berücksichtigung der afrikanischen Rechte erfolgt. Die Afrikaner wurden oft umgesiedelt, um den Portugiesen das fruchtbarste Land freizumachen. Obwohl die portugiesische Regierung die Apartheid offiziell ablehnt, sind die neuen Siedlungen praktisch nur für Weiße bestimmt. Zum Beispiel werden in der Cela-Siedlung am Amboimer Plateau (Angola) ausschließlich portugiesische Familien zugelassen, die sogar keine afrikanischen Diener anstellen dürfen. Eine andere Siedlung im Cunene-Tal (Angola) hatte bis Ende 1960 10 "assimilados" (Afrikaner mit portugiesischer Staatsangehörigkeit) angenommen, um Portugals Propaganda einer gemischten Gesellschaft zu rechtfertigen. Das Ziel ist, innerhalb von 10 Jahren 500 000 Portugiesen dort anzusiedeln. In Mozambique ist die Limpopotalsiedlung auch für Afrikaner offen, aber diese bekommen nur halb soviel Land wie die Europäer. Die portugiesische Regierung will 9 500 portugiesische Familien dort ansiedeln. In der zweiten berühmteren Siedlung im Cabora-Bassa-Gebiet, wo der geplante Staudamm große Wirtschaftsmöglichkeiten freigeben wird, soll eine Million Weiße als Bollwerk gegen den afrikanischen Nationalismus angesiedelt werden.

Bis jetzt haben diese Siedlungsprojekte nur mäßigen Erfolg erzielt. Obwohl die Auswanderung aus Portugal nach wie vor wegen Arbeitslosigkeit und niedriger Löhne wächst, ziehen die Portugiesen als Auswanderungsziel Brasilien (bis 1963), Frankreich und Deutschland vor. Die Hoffnung, eine Million Portugiesen am Cabora-Bassa-Staudamm anzusiedeln, wird nur verwirklicht werden können, wenn der Auswanderungsstrom nach Afrika abgelenkt werden kann.

Profite in Angola

Exportziffer Angolas: Angola hat sein ganzes Kaffeekontingent (150 478 t laut Kaffeeabkommen) für 1969/70 im Werte von 130 Millionen US-$ in Anspruch genommen. Darüberhinaus wurden noch 26 582 t im Werte von 14 Millionen US-$ exportiert (d.h. zu einem erheblich niedrigeren Preis). 1970/71 beabsichtigt Portugal, das den in Angola hergestellten Kaffee exportiert, große Mengen nicht im Rahmen des internationalen Kaffeeabkommens zu veräußern. Die folgenden Mineralexporte haben sich ebenfalls folgendermaßen erhöht:

	1. Halbjahr 1970	1. Halbjahr 1969
Rohöl (t)	2.243.524	925.945
Eisenerz (t)	3.271.413	2.559.972
Diamanten (Karat)	1.220.702	794.282

(Marchés Tropicaux)

Einen Einblick in die Verhältnisse hinter diesen Zahlen, zumindest was die Diamantenindustrie anbetrifft, verschafft ein in AfricAsia erschienener Bericht (Frankreich 21.12.70 - 3.1.71). Bis vor kurzem war die Industrie Monopol des internationalen Unternehmens Diamang, dessen Kapital in Händen belgischer, englischer und südafrikanischer Firmen liegt. Nur 5 % des Gesamtkapitals gehört portugiesischen Unternehmen, dafür aber stellt die Kolonialregierung billige afrikanische Arbeitskräfte zur Verfügung und versucht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Schätzungen (s. Revue du tiers monde, März-April 1964) haben ergeben, daß der Lohn eines Afrikaners 950 Franken pro Jahr beträgt, wobei nur die Hälfte bar bezahlt wird, die andere Hälfte in Form von Lebensmitteln, die die Arbeiter übrigens selbst hergestellt haben. Ein sehr großer Teil des Bargeldes muß für die hohen Steuern verwendet werden. Dagegen ist die Diamang bis 1971 von etlichen Steuern befreit. Der Nettogewinn von Diamang betrug 1965 70 Millionen US-$. 1965-6 vergrößerte sich das Produktionsvolumen um 9,7 %, sein Wert um 25 %. 1967-9 sah wiederum ein 5 %er Produktionszuwachs. Der Diamantenexport bringt der portugiesischen Regierung erhebliche Devisen ein: 53 Millionen Pfund Sterling von 1931 bis 1965; außerdem zahlte die Diamang von 1921 bis 1963 Lizenzgebühren in Höhe von 84 Millionen Pfund Sterling.

Kurznachrichten

Zum ersten Male seit dem Inkrafttreten des Waffenembargos gegen Portugal (1961) hat die USA den Verkauf zweier Boeing-707-Flugzeuge an Portugal genehmigt. Die Flugzeuge werden zum Truppentransport zwischen Portugal und seinen afrikanischen Kolonien eingesetzt. Die amerikanische Genehmigung wird von der portugiesischen Regierung als vorsätzlich aufgefaßt und gilt als Zeichen des guten Willens (Daily Telegraph, GB, 13.1.71; Intern. Herald Tribune, USA, 6.1.71).

In einer Pressekonferenz am 11.1.71 gab der deutsche Regierungssprecher Konrad Ahlers bekannt, daß die deutsche Regierung ihre Waffenlieferungen an Portugal und Griechenland einstellen wird. Das Abkommen zwischen Portugal und der Bundesrepublik ist Ende 1970 abgelaufen und wird nicht erneuert; die Lieferungen an Griechenland sind laut Ahlers schon längst eingestellt worden.

Die Abstimmung zum Vorschlag des UNO-Generalsekretärs, U Thant, vier Führer der antiportugiesischen Freiheitsbewegungen als volle Mitglieder der UN-Wirtschafts-Kommission für Afrika zu ernennen, ist verschoben worden. Es handelt sich um Agostinho Neto (MPLA), Holden Roberto (GRAE), Marcelino dos Santos (FRELIMO) und Amilcar Cabral (PAIGC). Portugal hat seit 1961 wegen afrikanischer Opposition nicht an den Aktivitäten der Kommission teilgenommen. Portugiesische Sprecher nannten die Ernennungen "unglaublich". Ihre Annahme würde einen Verstoß gegen Portugals Souveränität gleichkommen und könnte zum Austritt Portugals aus der UNO führen (Daily Telegraph, GB, 18.12.70).

Südafrika hat seine Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt vergrößert, indem es die von Italien aufgegebenen Arbeiten übernommen hat. Damit ist es mit 2/3 der Investitionen der größte Teilhaber am Projekt (Times, GB, 30.12.70). Der britische Abgeordnete, Mr. Maurice Macmillan, erklärte am 15.12.70, daß die britische Regierung eine britische Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt nicht verhindern würde. Dies widerspricht der 1969 von Lord Shepherd (Labour) ausgesprochenen Warnung, daß britische Geschäftsleute in Verhandlungen mit Portugal und Südafrika sehr vorsichtig sein müßten, die über Rhodesien verhängten Sanktionen nicht zu verletzen.

Die Studentenunion von Ghana hat behauptet, die ghanesische Regierung teile unwissentlich die afrikanische Front, indem sie einen "Dialog" mit der südafrikanischen Regierung unterstütze. Die Studentenunion zweifele daran, daß ein Dialog zur Beendigung der Apartheidspolitik führen könne, wo die Gewalt schon gescheitert ist. Um den Freiheitskämpfern zu einem Sieg zu verhelfen, sollen stattdessen "reguläre Streitkräfte" für einen späteren Einsatz im Befreiungskampf ausgebildet und eine "afrikanische Oberbefehlsgewalt" gegründet werden (AFP, 18.12.70, Frankreich).

hk

literatur:

Neuerscheinungen zum Thema "Südliches Afrika"

I.) Bericht einer Expertengruppe, die aufgrund der Resolution 21 während der XXV. Session der Menschenrechtskommission eingesetzt war.

Auf über 200 Seiten sind die schwersten Verbrechen der institutionalisierten Gewalt im südlichen Afrika zusammengetragen:

1.) Südafrika: gesetzlich vorgeschriebene Rassendiskriminierung - der Bantu Law Amendment Act ermöglicht u.a. die Zerstörung afrikanischer Dörfer; 1968-69 107 Todesurteile, davon 106 Nichtweiße; Folterungen und Morde in den Gefängnissen; ...

2.) Namibia: Folterungen politischer Gefangener; Säuberungen im Caprivistreifen; Deportation der Afrikaner in Reservate; ...

3.) Rhodesien: inhumane Behandlung Gefangener; Deportationen der afrikanischen Bevölkerung aus fruchtbaren in unfruchtbare Gebiete; ...

4.) Port. Kol: Verstreuung von Herbiziden aus der BRD, damit Mißachtung der Genfer Konvention sowie des Protokolls von Genf von 1925 (Verbot von Giftgas, chemischen und bakteriologischen Waffen); Rassendiskriminierung durch das Assimilado-System; über 150 Grenzzwischenfälle, Bombardements und Übergriffe portugiesischer Soldaten an der Guineisch-Senegalischen Grenze; ...

Diese Studie kann in französischer oder englischer Sprache bei der

Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
Genf, Schweiz bestellt werden.

II.) H.P. Jenni, Rassismus in Rhodesien

Erstmals liegt in deutscher Sprache eine ausführliche und kritische Dokumentation und Analyse der historischen Entwicklung und heutigen Lage in Rhodesien vor. Die Geschichte Rhodesiens erweist sich als Geschichte zunehmender Entrechtung der afrikanischen Mehrheit. Konkret werden die Auswirkungen der Zwangsumsiedlung der Afrikaner am Beispiel des Tangwena-Stamms geschildert. Im Anhang werden wichtige Daten zur Unterprivilegierung der Afrikaner in der Wirtschaft und im Erziehungswesen angeführt.

Zu beziehen bei: Arbeitsgruppe III. Welt
Postfach 1007
3001 Bern
Schweiz

III.) Zur Lage im Süden Afrikas - Unterlagen und Beiträge zur Meinungsbildung über eine kirchliche Beteiligung am Kampf gegen den Rassismus.

Dokumentation über das Antirassismusprogramm, die politische, ökonomische und soziale Lage im südlichen Afrika; Diskussion des Gewaltproblems, der Verantwortung und Verpflichtung der Kirche; Dokumente zur Verletzung der Menschenrechte im südlichen Afrika, ausgezeichnete Bibliographie im Anhang; ...

Zu beziehen bei: (zum Preis von DM 2,50)

Ökumenischer Arbeitskreis
des Hendrik-Kraemer-Hauses
1 Berlin 45
Limonenstr. 26

Weitere Literatur zum Problemkreis:

- Adam, Heribert, Südafrika, ed. suhrkamp 393
- Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Mozambique und Guinea Bissao (Infi Berlin). Oberbaumpresse, 2. Aufl. 1970 (vgl. dort Literatur!)
- Mondlane, Ed., The Struggle for Mozambique, African Library
- Chaliand, Bewaffneter Kampf in Afrika, Trikont 1969
- Cabral, Revolution in Guinea, London 1970 (dtsch. Oberbaumpresse 70)
- Boavida, Angola, ed. suhrkamp 366
- ESG-Nachrichten Nr. 45 vom 31.3.69, Südafrika (in Stuttgart vergriffen; in örtl. ESG vorhanden)
- epd-Dokumentation 40/70 und 45/70 (Rassismus 1. und 2. Teil), (epd. 6, Frankfurt, Friedrichstr. 34)
- VELKD-Information Nr. 5 vom 6.11.70, Kirche und Rassismus (VELKD, 3 Hannover 1, R.-Wagner-Str. 26)
- epd-Zentralausgabe Nr. 173 vom 3.9.70 und alle ff. Nr. (Bezugsanschrift siehe oben)
- Beckmann, Klaus Martin, Rasse, Kirche und Humanum, Gütersloher Verlagshaus 70
- ders., Rasse, Entwicklung und Revolution, Beiheft zur Ökumen. Rundschau 14/15, Stuttgart 1970
- POGROM, Zeitschrift der Gesellschaft für Leben und Zukunft bedrohter Völker e.V., 2 Hamburg 13, Parkallee 18
- SOUTHERN AFRICA, A Monthly Survey of News and Opinion, Publ. by the Southern Africa Committee of the University Christian Movement, Room 752, 475 Riverside Drive, N.Y., 10027, USA
- Das Argument 59/Nov. 70: Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus
- Violence in Southern Africa, A Christian Assessment of The British Council of Churches, SCM Press Ltd. 56 Bloomsburg Street London WCI, 1970
- Antiimperialist. Informat.Bulletin, Nr. 1-5; bes. auch: Sondernummer: Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques. Zu beziehen bei: Antiimperialist. Informat.Bulletin, p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstr. 46

Zu unserer Beilage:

Afrika heute, Stellungnahme der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) zum Cabora Bassa-Projekt

Bevor die von der Studiengruppe "Probleme der Entwicklungsländer" der VDW erarbeitete Stellungnahme erschien, forderte das VDW-Mitglied, Ernst von Siemens (über den gemunkelt wird, er hätte etwas mit der CB-Firma gleichen Namens zu tun) in einem Brief an den VDW-Vorstand, die Studie nicht zu veröffentlichen und ließ Konsequenzen für den von der Industrie getragenen Anteil an der Finanzierung der VDW durchblicken. Nach Veröffentlichung wurden alle Industrie-Gelder für die Vereinigung gestrichen.

Als die Deutsche Afrika Gesellschaft die Stellungnahme als Sonderbeilage zu Afrika heute herausbrachte, forderte das Auswärtige Amt, das den größten Teil der Finanzierung der DAG trägt, die Studie einzustampfen. Es bleibt abzuwarten, ob auch der Ungehorsam der DAG finanzielle Folgen haben wird.

Die beiden Beilagen (Rohrzuckerkampagne,Unterstützung von Kolonialismus und Rassismus im Südl.Afrika durch die Bundesregierung) wurden nur unseren Abonnenten zugesandt.Beide Papiere können beim iz3w nachbestellt werden.

Strauss besucht Freunde

Der CSU-Vorsitzende F.J. Strauss besucht Angola und Südafrika

Wie die CSU-Landesleitung mitteilte,ist der CSU-Vorsitzende F.J.Strauss am Wochenende 17/18.April in Begleitung seiner Frau nach Luanda (Angola) geflogen.Nach kurzem Aufenthalt wird das Ehepaar Strauss nach Südafrika weiterreisen,um in Johannesburg und Pretoria Freunde zu besuchen.Nach Auskunft der CSU-Landesleitung handelt es sich um eine Privatreise. Aus Kapstadt verlautet heirzu,daß Strauss Anfang Mai auch Rhodesien einen Besuch abstatten wird.Es wird erwartet,daß der CSU-Vorsitzende am 1o.Mai wieder in die Bundesrepublik zurückkehren wird. (aus Afrika-Schnellbrief,26.4.71)

Cabora Bassa

ein Damm gegen die Afrikaner
von Dr. S. Bosgra

übersetzt aus dem Niederländischen
von Ralf Syring,

ergänzt für die BRD von der Gruppe für
Internationale Zusammenarbeit Göttingen
und Afrika-Komitee Bielefeld Münster

(zu bestellen bei: GIZ 34 Göttingen Bunsenstr.17 ;1,-DM)

UGANDA:

Die Lage nach dem Putsch

In den Blättern des iz3w Nr. 4 haben wir ausführlich über die Hintergründe des Putsches berichtet und den Brief eines Ugandesen abgedruckt. Im folgenden drucken wir einen weiteren Bericht dieser Kontaktperson.
Da die hiesige Presse über den Fall Uganda (wohl wegen mangelnder Aktualität!) schweigt, möchten wir mit drei Artikeln aus Sunday Nation, Nairobi über die derzeitige Lage berichten. (Übersetzung von Brief und Artikeln aus dem Englischen von Ilja Mayer.)

Aus dem Brief eines Ugandesen — Kampala, 17.3.71

"... Hier hat es sich an der Oberfläche zunächst einmal beruhigt, obwohl wahrscheinlich nur die berühmte Stille vor dem großen Sturm, der beim Begräbnis des Kabaka erwartet wird.

Im Geheimen aber geht seit einem Monat eine großangelegte Verhaftungswelle (vermutlich auch mit Mord verbunden - siehe dazu den 'Observer' vom 14. März) vor sich, so daß die Gefängnisse aus den Nähten platzen, obwohl Amin durch die Entlassung von 1500 Kriminellen am 1. März etwas Luft schaffen wollte.

Ich habe Dir einige Zeitungsausschnitte der Kenianischen Zeitung 'The Nation' beigelegt, die ein klares Licht auf die Verhältnisse hier werfen. In den Uganda-Zeitungen steht natürlich - außer Lobeshymnen auf Amin - nichts.

Unter diesen Umständen ist es sehr traurig, daß sich Leute von 'Amnesty International' für diese Regierung einspannen lassen. Am 23. Februar war ein Mensch dieser Organisation namens John Humphrey (offensichtlich ein englischer liberaler Jüngling, der überhaupt nicht begriffen hat, worum es geht) in Kampala und besuchte den Attorney General (General-Staatsanwalt) P.J. Nkampo, wobei er folgende Sätze von sich gab: 'Die Freilassung von Häftlingen durch die gegenwärtige ugandesische Regierung ist für 'Amnesty International' Ursache großer Befriedigung gewesen, die sehr stark von der großmütigen Geste der Regierung beeindruckt ist.' (im englischen Original: 'The release of the detainees by the present Ugandan Government has been a matter of great gratification to Amnesty International who were very much impressed by the Government's generous gesture.'). Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das der reinste Zynismus.

Die Zeitungen haben diese Sache natürlich groß ausgebeutet und den Besuch als 'ein Kompliment an die Regierung des Präsidenten Idi Amin' ('a compliment to the Government of President Idi Amin') gewertet. Man sollte den Leuten in den Hintern treten, die die Entlassung von 55 Leuten als großen Sieg feiern und das

Einsperren von 500 sowie die Ermordung von Hunderten nicht sehen wollen. Auf diese Weise wird die Organisation vollkommen diskreditiert, indem man ihr - vollkommen zu recht offensichtlich - nachsagen kann, sie kümmert sich nur um ein paar bekannte Politiker und ehemalige Minister, die eingesperrt wurden und um sonst überhaupt nichts. Man stimmt ein großes Geschrei an, wenn ein Parteiführer eingesperrt wird, wenn aber Hunderte von Menschen, die nie größeres Aufsehen erregt haben, umgebracht werden, macht man die Augen zu, wenn es einem nicht ins Weltbild paßt.

Die nächsten großen Ausschreitungen werden hier erwartet, wenn der Kabaka (ehemaliger König der Baganda, der von Obote ausgewiesen im Londoner Exil starb - Anm. des Übersetzers) am 4. April beerdigt wird. Zu dieser Zeit werden etwa zwei Millionen Baganda in Kampala erwartet, und einige zehntausend Mitglieder anderer Stämme haben aus Furcht um ihr Leben Kampala bereits verlassen. Es kann durchaus sein, daß die Situation so schlimm wird, daß die Militärregierung, um in Kontrolle der Lage zu bleiben, ein mittleres Massaker starten muß; denn durch seine blödsinnige Politik hat Amin den Tribalismus der Baganda wieder so weit gestärkt, daß es zum Ausbruch von Gewalt kommen kann, wenn die Baganda merken, daß ihr Kabaka tatsächlich tot ist. Die meisten glauben nämlich, er lebe noch und würde das traditionelle Königreich wieder aufbauen, nachdem Obote gestürzt worden ist ..."

Schikanen

aus
Sunday Nation, Nairobi (Kenia), 28. Februar 1971

"AMINS ZÜGEL IST ZU STRAFF"

Dr. Obote hat Einzelheiten von General Amins Komplott zu seiner Ermordung veröffentlicht. Es geht das "glaubwürdige Gerücht" um, daß Mr. Oduka, der in hervorragender Weise über das Durchsickern der Amin-Verschwörung berichtete, nun im Luzira-Gefängnis mit einer großen Wunde hinten am Hals und mit einem gebrochenen Arm dahinsiecht.

Man weiß, daß eine Frau eingesperrt worden ist. Und es ist jedermanns Vermutung, ob es nicht Frau Juma Mafale ist, die den Anstoß für das Durchsickern gegeben hat.

Unterdessen hat Felix Onama, der frühere Verteidigungsminister bei seinem Ausbruch eine Menge enthüllt. Aber um weitere Enthüllungen zu unterbinden, will Amin Onama und seine Freunde niederschreien bis sie absolut still sind.

Weitreichende Schikanen sind erreicht worden, während Amin seinen Ministern befiehlt, die Melodie von der "Nichtexistenz von Schikanen" zu singen. Lango und Acholi, angestellt im öffentlichen Dienst, sind eingekerkert worden und werden Folterungen ausgesetzt, damit sie ihm erklären sollen, ob sie von Akokoro kommen, oder ob sie für die geächtete "General Service Unit" zu

arbeiten pflegten oder ob sie einige Armeeoffiziere beherbergten. Amin glaubt nämlich immer noch, daß es davon noch eine große Anzahl gibt.

Während Amin proklamiert: "keine politischen Gefangenen", wurden eine Menge militärischer Gefangener gemacht. Es sind z.Zt. etwa 517 im Luzira-Gefängnis. Zwei Sondergefängnisse wurden hergerichtet: Eines in Makindye und das andere in Lubiri, dem Armeehauptquartier von Kampala. Meist werden sie mit jämmerlicher Ungerechtigkeit gefüllt, und es gibt jeden Tag mehrere Sterbende in Lubiri und Makindye.

Britannien, Ghana und Australien sollten Amin bitten, weniger Gewalt anzuwenden bei der Behandlung von Gefangenen und bei der Behandlung seiner Feinde Güte zu zeigen.

J.C., Makerere University

Entführungsversuch

aus
Sunday Nation, Nairobi (Kenia), 28. Februar 1971

ENTFÜHRUNGSVERSUCH AM BAHN-CHEF IN UGANDA

OKELLO-OJOK, der Vorsitzende der East African Railways Corporation (Ost-Afrika-Eisenbahn-Gesellschaft), der sagte, ein Trupp von General Amin's Geheimpolizisten habe versucht, ihn aus seinem Nairobi-Haus zu entführen, befindet sich in Uganda laut Quellen in Nairobi.

Niemand konnte sagen, wann, warum oder unter welchen Umständen Herr Okello-Ojok nach Uganda ging. Aber seine Frau sagte Reportern: "Ich denke, er ist in Uganda. Ich habe ihn nicht gesehen und ich weiß nicht, wann oder weshalb er dorthin ging."

Von seinem Büro war George Oballa, Herrn Okello-Ojok's Fahrer bestimmter: "Ich weiß, er ist in Uganda. Er mag dort für eine Woche gewesen sein. Ich weiß nicht, weshalb er ging."

Versuche, Kommentare von höheren Beamten der Eisenbahn-Gesellschaft in Nairobi zu erhalten, waren erfolglos.

Laut einem Bericht war das Haus von Herrn Okello-Ojok durchsucht worden von Geheimagenten des Generals Amin, der beabsichtigt hat, ihn zu entführen und nach Kampala zu bringen "für eine neue Bestimmung".

Blutiger Terror

aus
Sunday Nation, Nairobi (Kenia), 21. Februar 1971

"BLUTBAD" IN UGANDA BEHAUPTET

Dar es Salaam, Samstag

Behauptungen, daß gleich nach dem Militärputsch in Uganda 114 Acholis in Kampala und 100 weitere in Gulu exekutiert worden sind, wurden hier von einem ehemaligen Einwohner Ugandas, Mebukadonezu Ocoo aufgestellt, ein Journalist, der jetzt für die "Times of Zambia" in Lusaka arbeitet.

Die Zeitung der TANU-Partei "The Nationalist" brachte in einer mit "Blutbad in Uganda" betitelten Schlagzeile auf der ersten Seite eine sehr lange Version des Berichtes des früheren Uganda-Journalisten.

Ein Teil aus Ocoo's Bericht lautet: "Gleich nach dem Coup reiste ich im Land umher und sah, daß das neue Regime mit blutigen Repressalien gegen viele Stammesgefährten des Präsidenten Milton Obote beschäftigt ist. Reguläre Acholi- und Lango-Soldaten werden als Opfer ausgesondert.

"Als ich in Kampala ankam, ordnete General Amin die Exekution aller Acholi- und Lango-Soldaten an, die Ränge vom Corporal bis zum Colonel bekleideten. In Kampala wurden 114 Acholis hingerichtet. Sie wurden im Luzira Upper Gefängnis verscharrt. Einige Leichen wurden im Viktoria-See, in kurzer Entfernung vom Gefängnis, beseitigt.

"In Gulu, wo sich Ugandas Luftwaffen-Basis befindet, wurden mehr als 100 Acholis hingerichtet. Ich sah einige der Exekutionen, die in der Gegend zwischen dem Gefängnis von Gulu und dem Distrikt-Verwaltungsbüro stattfanden.

"Entlang der Straße zwischen Koich und Bobi sah ich Leichen herumliegen zum Vermodern und die durch Verwandte nicht mehr zu identifizieren waren. Einzelne Leichen trieben auch drunter und drüber nahe den Karuma-Fällen im Nil-Strom.

"Und im Luzira-Gefängnis hatte General Amin mittlerweile 380 reguläre Soldaten und 90 General-Service-Männer (darunter Mitglieder des Uganda Geheimdienstes) inhaftieren lassen. Wiederum waren die meisten dieser betroffenen Acholis oder Langos."

FOLTER

in BRASILIEN

D r i n g e n d e   V e r ö f f e n t l i c h u n g

FOLTER IN BRASILIEN

Die Verhaftung von Dinaz Cabral Filho durch die "Operation Bandeirantes" - OBAN (eine militärpolizeiliche Aktion, die hauptsächlich in Rio de Janeiro und Sao Paulo gegen Regimegegner arbeitet) gibt uns die Gewißheit neuer Verhaftungen, neuer Folterungen von Gefangenen, deren Personalien die Reaktion lange verheimlichen wird.

Wir bemühten uns daraufhin, weitere Nachrichten zu erhalten. Wie wir erfuhren, sind folgende Genossen verhaftet worden: Felipe Lindoso, "Matias", Cleuser de Barros, Paulo de Tarso und Helio Cabral.
Warum sie verhaftet wurden, wissen wir nicht, sicher ist nur die Verhaftung von Cleuser und Paulo de Tarso, die wahrscheinlich kurz nach dem 5. Januar gefangen genommen wurden.

Die Festnahmen von "Matias", Helio Cabral und Felipe Lindoso unterliegen absolutem Schweigen. Eine Genossin, die von der OBAN verhört und dann wieder freigelassen wurde, sah Felipe Lindoso ohnmächtig und in einem fürchterlichen körperlichen Zustand; ebenso einen weiteren Gefangenen, der nicht identifiziert werden konnte. Die Folterer nannten ihn den "Elektriker". Wer wird das sein?
Ebenfalls in der OBAN hat jemand "Matias" und Paulo de Tarso gesehen. Helio Cabral lag zwischen Leben und Tod mit aufgeplatzten Nieren und Leber im "Hospital de Clinicas"; einer der wachhabenden Polizisten verriet seinen Namen. Dort liegen, von der Reaktion unter falschem Namen eingeliefert, zwei weitere gefolterte Genossen, die wir nicht identifizieren können.
Inzwischen ist Helio Cabral wieder zur OBAN zurückgeführt worden.

Darüberhinaus wurden vor zwei Wochen in Recife (Bundesstaat Pernambuco) Tarzan de Castro und seine Kameradin verhaftet. Vermutlich befinden sie sich beim CENIMAR (berüchtigte Terrororganisation der Marine). Was ist aus ihnen geworden?

Am 12. Februar wurden von der OBAN - Sao Paulo Guilherme Pereira dos Santos, Antonio Granado und Geraldo Godoi wegen angeblicher Verbindung zu Tarzan de Castro festgenommen.
Weiterhin befindet sich in den Kerkern der OBAN ein Landarbeiter namens Diogenes Sobrosa de Sousa, genannt "Araujo"; laut letzten Informationen ist sein Leben aufgrund der Folter sehr gefährdet.

Was Dinez Cabral Filho betrifft, haben wir erfahren, daß er aufgrund der Folter ins Krankenhaus und anschließend zurück zur OBAN gebracht wurde. Das zweite Militärgericht von Sao Paulo hat sich geweigert, seiner Rechtsanwältin Auskunft zu geben und ihr angedroht, sie ebenfalls zur OBAN zu bringen.

Dies ist ein Aufruf! Das Leben dieser Genossen ist in Gefahr. Offiziell sind sie nicht festgenommen, keine Mitteilung wurde der Militärjustiz gemacht, keine Nachricht von den Zeitungen veröffentlicht.

Die Folterungen in der OBAN von Sao Paulo und in der CODI (Kommission für innere Sicherheit) von Rio haben an Umfang zugenommen. Abgesehen von den bekannten Foltermethoden werden von sadistischen Polizisten neue angewandt: elektrifizierte Stahlhelme und Eterspritzen in die Vagina der Frauen und unter die Fußsohlen der Männer, begleitet von gleichzeitigen Elektroschocks.

Wir bitten alle, die die Möglichkeit haben, zu intervenieren, Schritte zu unternehmen, um das Leben dieser Gefangenen zu retten.

Wir bitten, diesen Aufruf weiter zu veröffentlichen und die Namen unserer Genossen immer wieder den brasilianischen Behörden vorzuhalten.

April 1971
Sonderdruck der dt.
Ausgabe des fbi

Einige von der brasilianischen Militärdiktatur verfolgte Patrioten
Front brésilien d'information

Von Thilo Koch

Empfindlichkeiten

Die Bundesrepublik kann selbstverständlich nicht direkt und von außen auf die Verhältnisse im südamerikanischen Subkontinent einwirken. Bonn muß dabei stets auch die besonderen Empfindlichkeiten Washingtons im Auge behalten. Aber die Reise Heinemanns hat dazu beigetragen, jenes „Weiße Dreieck" zu festigen, das für alle Beteiligten eine weltpolitische Notwendigkeit erster Ordnung ist: für Europa, Lateinamerika und die USA. Dieses größere atlantische Bündnis muß gegen niemanden gerichtet sein und schließt andere Staaten nicht aus; es ist eine natürliche Konsequenz aus gemeinsamer Geschichte und der Hoffnung auf einen Fortbestand der westlichen Zivilisation, zu der Südamerika viel ursprünglicher und dynamischer gehört, als das bei uns bekannt ist, sehr zum Nachteil einer aktuellen und realistischen Einschätzung der weltpolitischen Situation und unserer Aufgabe in ihr.



EWG + BRD:

Das freie Unternehmertum kommt gut voran

Im April 1970 wurde ein "Büro zur Förderung von Investitionen in den der EWG assoziierten afrikanischen Staaten" gegründet. Firmeninhaber ist ein gewisser Dr. Ring, der an deutschen Hotel- sowie an Export- und Importunternehmen beteiligt ist.

Dieses Büro hat sich das Ziel gesetzt, für die vom Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) 1) geförderten, direkt rentablen Projekte in den der EWG assoziierten afrikanischen Staaten sowie Madagaskar (AASM) private deutsche Investoren zu finden. Dieses Vorhaben erscheint umso verständlicher, als die Bundesregierung den EEF zwar zu 33 % finanziert, westdeutsche Unternehmer bisher aber weniger als 20 % der aus den Projekten resultierenden Aufträge erhielten.

Jedoch spielt sich die Arbeit des Büros Dr. Ring praktisch so ab: Das Büro versucht herauszufinden, welche Projekte in welchem der assoziierten Länder Aussichten haben, durch den EEF gefördert zu werden; versucht herauszufinden heißt in diesem Falle, daß die Arbeit des Büros auf der systematischen Auswertung von Indiskretionen beruht. (Dr. Ring und seine Mitstreiter verfügen dabei nach Ansicht von Ministerialrat Dr. Ehm vom BMZ über bessere Informationsquellen beim EEF als die den EEF mitfinanzierende Bundesregierung.)

Ist ein solches Projekt gefunden, dann besteht der nächste Schritt des Dr. Ring darin, daß er versucht, mit der Regierung des Nehmerlandes einen Vertrag abzuschließen, der ihm eine Provision in Höhe von durchschnittlich 5 % der Gesamtinvestition in Aussicht stellt

---

1) Die Schaffung des EEF ist mit ein Ergebnis der Gründung der EWG. Damals waren die heutigen AASM durchweg noch Kolonien (vor allem Frankreichs und Belgiens). Die Kolonialmächte waren nur unter der Bedingung bereit, der EWG beizutreten, wenn ihr Einfluß in ihren Kolonien aufrechterhalten bliebe. Demgegenüber betonten damals die (CDU-regierte!) BRD und Luxemburg, eine enge Einbeziehung der französischen und belgischen Kolonien in die EWG wäre eine Form des Neokolonialismus. Diese Bedenken wurden aber schließlich von den übrigen vier (Kolonien besitzenden) Ländern dadurch beseitigt, daß man sich einigte, den Kolonien "Entwicklungshilfe" über einen zu schaffenden Europäischen Entwicklungsfonds zukommen zu lassen. Der mittlerweile (von Jaunde II, 1969, bis zum 31.1.1975) errichtete 3. EEF enthält Mittel in Höhe von 918 Mio. Dollar. Es handelt sich dabei zum größten Teil um nicht rückzahlbare Zuschüsse. Die Mittel der ersten beiden Fonds flossen vor allem in Projekte des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Industrialisierung und des Unterrichtswesens.

für den Fall, daß dieses Projekt tatsächlich durch den EEF gefördert wird. Somit wird eine öffentliche Ausschreibung und eventuell ein günstigeres Angebot vermieden.

Ist dann eine solche Förderung endgültig beschlossen, bemüht sich Dr. Ring, private deutsche Investoren als Kapitalanteilseigner für das Projekt zu finden. (Es dürfte selbstverständlich sein, daß für diese Vermittlungstätigkeit ein zweites Mal ein Honorar für Dr. Ring herausspringt.)

Da der EEF Projekte prinzipiell nur auf Antrag der Regierung des Nehmerlandes fördert, hat das Büro Dr. Ring auch noch die Möglichkeit, den afrikanischen Regierungen unter Berufung auf seine intimen Kenntnisse der Verhältnisse beim EEF Projekte zur Beantragung nahezulegen, die den Bedürfnissen des Landes nicht entsprechen. Ministerialrat Dr. Ehm vom BMZ, bekanntlich ein entschiedener Befürworter privater deutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt, versuchte dieses Problem in der Weise zu lösen, daß er Dr. Ring bat, den Regierungen der AASM keine sinnlosen Projekte aufzuschwatzen. (Es dürfte schwerfallen, dieses Vorgehen Dr. Ehms als naiv zu entschuldigen.)
Erschwerend kommt noch hinzu, daß Dr. Ring sich den afrikanischen Regierungen offenbar als offizieller oder mindestens offiziöser Vertreter sowohl der Bundesregierung als auch des EEF präsentiert. Auf diese Weise können dann sowohl die Leistungen des EEF als auch die bilateralen Leistungen der Bundesregierung (die häufig direkt oder indirekt mit den Projekten des EEF zusammenhängen) von dem freien Unternehmer Dr. Ring präjudiziert werden. Dr. Ring hat so bis heute schon erhebliche Verwirrung bei einigen afrikanischen Regierungsstellen gestiftet.

Dieses Büro, das darauf zielt, die öffentlichen "Entwicklungshilfeleistungen" den privaten Profitinteressen deutscher Unternehmer zu erschließen, ist personell hervorragend abgesichert:
Es verfügt über einen Beirat, dem die folgenden Persönlichkeiten angehören:

1. Herr Grüneberg, der Leiter des Verbindungsbüros der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Deutschland
2. Herr MdB Brück (SPD), seines Zeichens Vorsitzender des Entwicklungshilfeausschußes des Deutschen Bundestages
3. Herr MdB Guilini (CDU), Mitinhaber der Guilini-Werke. Das Büro Dr. Ring verhandelt gegenwärtig mit den Guilini-Werken über Beteiligungen an zwei Projekten in Mali und in Senegal.
4. Herr MdB Jung (FDP)

Darüberhinaus wird das Büro noch von den beiden SPD-MdBs Tallert (ebenfalls Mitglied des Entwicklungshilfeausschußes) und Kaffka unterstützt, die auch zusammen mit Dr. Ring in dieser Angelegenheit Anfang dieses Jahres mehrere Gespräche mit Minister Eppler geführt haben. Ja, Kaffka und Tallert sollen Dr. Ring sogar dazu aufgefordert haben, ein solches Büro zu gründen.
Ministerialrat Dr. Ehm, der Dr. Ring bescheinigt, "außergewöhnlich aktiv" zu sein, unterstützt das Büro prinzipiell mit dem Hinweis, daß die Bundesregierung verstärkte private Investitionen in den AASM sehr begrüße.

Die Existenz des Büros Dr. Ring, das im übrigen auch noch offizielle (d.h. aus öffentlichen Mitteln finanzierte) Auftragsforschung für den EEF betreibt, ist so ein Beispiel für die kontinuierlich fortschreitende Verflechtung von privatem Unternehmertum und öffentlichen Institutionen in Richtung eines steigenden

Einflußes des freien Unternehmertums in diesen öffentlichen Institutionen. Was schließlich nichts anderes bedeutet als eine zunehmende Macht demokratisch nicht legitimierter Kräfte und somit eine zunehmende Entdemokratisierung dieser Gesellschaft.

Man wird die Beziehungen der EWG zu den AASM, diese direkt aus kolonialen Herrschaftsbeziehungen entstandenen Bindungen, in Zukunft verstärkt daraufhin zu analysieren haben, wie sich das gemeinsame, von freien Unternehmern, von EWG-Behörden und von Regierungsstellen der einzelnen EWG-Länder gemeinsam getragene Bemühen um Entwicklung und Verfestigung der kapitalistischen Strukturen in den AASM weiter entwickelt.

Längerfristig beurteilt, könnte sich die EWG hier ihr Lateinamerika schaffen.

Der Mehrwert



Aktionen:

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern

DIE CABORA BASSA KAMPAGNE IN DER SCHWEIZ

Als EFTA-Partner Portugals unterhält die Schweiz seit jeher ungetrübte Wirtschaftsbeziehungen zum lusitanischen Imperium. Die Informationen über Portugal und seine "Provinzen" waren sehr rar, aber fast ausschließlich positiv. Gelegentlich wurde eine Delegation von Journalisten aus rechtsstehenden Zeitungen (so der "NZZ", den "Basler Nachrichten", dem "Berner Tagblatt", der "Weltwoche") von Portugal zu einer bezahlten Inspektionsreise in die "Überseeischen Provinzen" eingeladen. Die ausgesuchten Journalisten hatten sich zuvor meist durch eine bestimmte Haltung gegenüber dem Kolonialismus für die Berichterstattung über die Kolonien legitimiert. Entsprechend war der Anteil der Bevölkerung, der vor 1970 wußte, daß es in den portugiesischen Kolonien einen Kolonialkrieg gibt sehr gering.

Die Aktivität der Gruppen

Die berner und zürcher Gruppen, die sich zu Beginn des Jahres 1970 mit Cabora Bassa zu beschäftigen begannen, konnten sich auf keine zuverlässigen Angaben über die Beteiligung von schweizer Firmen am Staudammprojekt stützen. Nur aufgrund vager Informationen konnten sie vermuten, daß von Brown Boveri nicht nur die Tochtergesellschaft in Mannheim, sondern auch das schweizer Mutterhaus beteiligt sind. Von den schweizer Großbanken wissen sie es heute noch nicht. Die Pilgerfahrten der "Gnomen von Zürich" nach Genf zur Zeit des Besuches von Vorster und Diedrichs in der Schweiz, bestätigen zumal wieder die engen Beziehungen zu Südafrika.

Einen Schritt weiter führte die parlamentarische Anfrage des jungen Genfer Nationalrates und Soziologieprofessors Jean Ziegler über die Beteiligung der Brown Boveri. Der Bundesrat konnte nur antworten, er besitze aufgrund der Handels- und Gewerbefreiheit "keine Mittel, um eine Beteiligung schweizerischer Unternehmen zu verhindern". Die Firma wies gegenüber der Presse darauf hin, daß über das Geschäft "der Bundesrat offiziell Auskunft geben werde" - eine seltsame Vermischung von Geschäft und Politik, wenn die Regierung des Landes stellvertretend für Industriegiganten Auskunft geben muß.

Die Berner Arbeitsgruppe Angola, die schon Monate zuvor Material über die portugiesischen Kolonien gesammelt hatte, erarbeitete nach der parlamentarischen Anfrage Zieglers innert weniger Tage eine umfangreiche Dokumentation anhand von Zitaten über die Hintergründe der Cabora Bassa-Kampagne zuhanden der Parlamentarier, der Kirchen und der Presse. Dieses 40-seitige Papier, das mehrere Auflagen erlebte und nunmehr als Buch im Berner Kandelaber

Verlag erschienen ist (Cabora Bassa - Modellfall westlicher Entwicklungspolitik), war dann die Grundlage für zahlreiche Zeitungsartikel und Kommentare in der ganzen Schweiz.

Die Haltung der Brown Boveri & Cie AG

In Baden, wo die Brown Boveri ihren Sitz hat und sozusagen die ganze Region politisch beherrscht, wurde von lokalen Gruppen eine intensive Informationskampagne mit Flugblättern und Diskussionen eingeleitet. Die lokale Zeitung wagte zunächst nicht, das heiße Eisen in ihren Spalten aufzugreifen.

Zwischen den kritisierenden Gruppen und der Direktion der Firma fand Mitte Oktober letzten Jahres ein Gespräch in kleinem Kreis statt, an dem man vernahm, daß die Beteiligung des Mutterhauses nur in sehr kleinen Zulieferungen besteht. (Nach letzten Angaben der BBC ca. 19 Mio. Sfr.). An diesem Gespräch, wie auch an der Diskussion mit Vertretern der Berner Gruppe bei den "Basler Nachrichten" (vgl. "Basler Nachrichten", Samstag/Sonntag 21./22. November 1970, Nr. 492, p. 3) betonte Direktor Bernhardt als einer der Vertreter der BBC, daß es sich um ein "Gewinnfreies Referenzprojekt" handelt. "Mit der Anlage in Cabora Bassa machen wir kaum einen Profit; im Gegenteil stellte sich vom geschäftlichen Standpunkt die Frage, ob wir den Bau überhaupt durchführen sollen. ... Wir wollen Progressisten der Technik sein! Zum Wohle und Nutzen der Menschheit." Auf die Frage, ob für sie die praktische Erfahrung die Priorität bei der ganzen Sache habe, antwortete ebenfalls Direktor Bernhardt: "Wir haben unsere Beteiligung nie unter einem anderen Aspekt angeschaut."

Die öffentliche Podiumsdiskussion

Am 29. Januar 1971 fand schließlich eine von den genannten Gruppen mit Unterstützung des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokratischen Partei sowie der Reformierten Kirchenpflege und der solidarischen Priester organisierte Massenveranstaltung statt. Außer der gesamten schweizer Presse waren nahezu 1000 Personen anwesend, was alle Erwartungen übertraf. Von Anfang an stand das Publikum mehrheitlich auf seiten der Cabora Bassa-Gegner, was wohl weniger auf deren Argumentation, als vielmehr auf eine gewisse negative Grundhaltung gegenüber der BBC zurückzuführen war. Wie die Abstimmung über die Schwarzenbach Initiative letztes Jahr u.a. gezeigt hat, besteht in der Schweiz ein gewisses Unbehagen der Arbeiter gegenüber der Industrie, das sich seither eher verstärkt hat.
Die Direktoren Bernhardt und Sauser (Nationalrat EVP) versuchten, die Beteiligung ihrer Firma am Projekt zu rechtfertigen. Einer von ihnen distanzierte sich sehr heftig vom Kolonialismus (womit ein Teilziel der berner und zürcher Gruppen bereits erreicht war), wiegte sich aber gleichzeitig in einem Zweckoptimismus bezüglich der zukünftigen Entwicklung Mozambiques.

Zwiespältig an diesem Podiumsgespräch war besonders die Haltung des Sekretärs des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Dr. Waldemar Jucker. Er wollte es weder mit der Firmenleitung der BBC noch mit den anwesenden Arbeitern, die aus den genannten Gründen mehrheitlich gegen das Projekt sind, verderben. Schließlich sprach er dann doch unzweideutig für die Firma. Daß zwischen ihm und der BBC eine Absprache bestand, zeigte sich nach-

träglich an einem Lapsus, indem das Doppel eines Briefes der Brown Boveri an ein Mitglied der berner Gruppe, das Jucker zur Kenntnisnahme geschickt werden sollte, versehentlich auch an die berner Gruppe adressiert wurde. Das Briefdoppel der BBC an Jucker enthielt den vielsagenden Vermerk: "Herr Dr. Jucker. Ich hoffe, daß dies in Ihrem Sinne ist."

Wie nachträglich in der Schweizerischen Handelszeitung zu lesen war, hat an diesem Podiumsgespräch vor allem der Appell des Diskussionsteilnehmers der berner Gruppe "verlangt Mitbestimmung!" gestört. Die Pressestimmen über dieses Ereignis darf man als zurückhaltend bezeichnen, sie brachten jedoch mit wenigen Ausnahmen für die Brown Boveri volles Verständnis auf.

Bilanz

Die Zwischenbilanz der Kampagne kann nur dann richtig gezogen und beurteilt werden, wenn man den Besonderheiten des viel zitierten "Sonderfalls Schweiz" angemessen Rechnung trägt.

1. In der Schweiz, dem Lande der "Sozialpartnerschaft" und des "Arbeitsfriedens" ist die Tatsache, daß eine Firma von der Öffentlichkeit über ihre Verbrechen zur Rede gestellt wird, bereits "gefährliche Agitation".

2. In dem Lande mit der geschlossensten Front bürgerlicher Zeitungen, die die beste Selbstzensur pflegen, kann eine kritische Gruppe nur mit einer äußerst schmalen Unterstützung seitens der Massenmedien rechnen. Umso mehr muß sie in Kauf nehmen, von vorneherein als "extrem" oder "kommunistisch" diffamiert und neutralisiert zu werden. Der Versuch, den Kommunismus ins Spiel zu bringen, blieb auch in dieser Kampagne bei keiner Gelegenheit aus. So fragte Dr. P. Rinderknecht, Pressechef der BBC Baden unter anderem in der Diskussion bei den "Basler Nachrichten" (a.a.O.): "Wollen sie lieber keinen Staudamm da unten, mit all seinen potentiellen Entwicklungsmöglichkeiten, als einen kapitalistischen Staudamm? Oder hätten sie lieber einen rotchinesischen? Und was würden sie dann sagen?"

Ein Teilziel der Aktion wurde immerhin erreicht, nämlich am Informationsaufhänger Cabora Bassa in weiten Kreisen der Bevölkerung den portugiesischen Kolonialismus zu denunzieren. Inzwischen hat allerdings der Weltkirchenrat mit seinem Rassismusfonds einen neuen Aufhänger für unsere Bestrebungen geschaffen, der viel langfristiger nachwirken wird.

R.St. & H.P.J.
Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern

GIZ bei Siemens:

Erfahrungsbericht der Gruppe für internationale Zusammenarbeit (GIZ) Göttingen über die Siemenshauptversammlung, München, 25.3.1971, 9,30 - 14,00 Uhr

Ziel war es, Presseleute in Sachen Cabora Bassa wirkungsvoll zu erreichen und den Aktionären Aufklärung zu geben, sowie dem Siemensvorstand vor größerem Publikum Fehler nachzuweisen und ein Unbehagen gegen ähnliche Projekte zu erzeugen.

Geplantes Vorgehen:

Durch "Gesucht"-Plakate und Verteilung von "humanitär" argumentierenden Flugblättern vor Beginn der Versammlung die Aufgeschlossenheit der Aktionäre für eine "profitorientierte" Rede in der Versammlung zu erhöhen. Anschließend Verteilung dieser schriftlichen Argumentation an die Presse.

Das Verteilen der Flugblätter klappte gut. 450 Stück waren zu schnell verbraucht. Zwischenfall: ein Mercedesfahrer forderte GIZ-Mann auf, sich doch erst mal das südliche Afrika anzugucken; er wolle gerne Reisekostenzuschuß zahlen. Wer er denn sei? fragte GIZ-Mitglied. Der Spendenwillige ließ sich durch die Umstehenden diagnostizieren: Abs.

Im Kongreßsaal konservativer Mittelstand. Fünfter und letzter Redner nach den Geschäftsleitungserörterungen war ein GIZ-Vertreter.
Obwohl er in Schlips und Kragen und kurzen Haaren mit den ersten Sätzen betonte, er wolle den Schaden, den das Haus Siemens dadurch erleide, herausarbeiten und nicht auf die gesellschaftspolitische Relevanz zu sprechen kommen, gingen Vorstand und Versammlung sofort mit Zwischenrufen auf Anti-Kurs. Obwohl er ausdrücklich den Nutzen oder Schaden des Dammes nicht beurteilte, wurde er derart undiszipliniert angegriffen, daß er den geplanten Tonfall des kühlen Geschäftsmannes nicht einhalten konnte, sondern aggressiv antwortete. Das Parieren der Zwischenrufe gegenüber Tacke und Publikum fruchtete allerdings und wurde teils mit Beifall bedacht. An das Ende der Aufzählung erfolgter Proteste und möglicher Reaktionen stellte der GIZ-Vertreter die Frage, bei dem wievielten erschossenen Techniker Siemens die Beteiligung einstellen wolle und ob Gefährdung der Fertigungsstätten in der BRD für die Cabora Bassa-Ausrüstung in die Kalkulation mit einbezogen seien.
Zum Schluß beantragte er 1. die Geschäftsleitung in Sachen Cabora Bassa zu tadeln, 2. zu beschließen, daß Siemens nicht in ähnliche Projekte in Zukunft einsteige, z.B. das Kunene-Projekt zwischen Angola und Südafrika. Deutlicher Beifall während der letzten Hälfte und zum Schluß durch ca. 40 Anwesende.

Die Fragen aller Redner wurden geschlossen beantwortet.

Auf die GIZ-Darstellung, Cabora Bassa sei für Siemens schädlich, ging Tacke nicht ein.
Er erzählte, anfangs ruhig, dann aufgebracht, daß die UNECA das Projekt empfohlen habe und diese Empfehlung den Staatsmännern vorgelegen habe, daß das Siemens-Engagement seit 1967 allgemein bekannt sei, daß aber erst im Dezember 69 die erste negative Reaktion erfolgt sei, daß das Projekt über 10 Jahre in aller Öffentlichkeit diskutiert worden sei. Cabora Bassa sei ein echtes Entwicklungsvorhaben. Malawi habe ein Jahres-Pro-Kopf-Einkommen von 136 DM, Sambia von 1.047. Malawi aber soll der Cabora Bassa-Strom zu Gute kommen. Banda sei der Promotor des Projekts.
Es gäbe Beispiele der Geschichte, daß Bauwerke der Kolonialherren den unabhängigen Staaten zu Gute käme. Kariba von den Engländern mit englischem Geld gebaut sei heute für Sambia für die Kupferproduktion lebensnotwendig.
Das Projekt sei mit Wissen aller Parteien übernommen worden.
"Es ist eine glatte Lüge zu behaupten, die Afrikaner seien gegen den Damm. Sie sind in der Mehrheit dafür, wie Houphouet-Boigny, Banda, Senghor; und nur eine Minderheit ist dagegen.
Männer wie Nyerere, Obote und Kaunda wollen ihre Länder in Not bringen, um ihre revolutionären Ideologien durchzubringen."
(oder "ihre Ideologien durchzubringen, damit die Leute revoltieren".)
Er wolle sich mit dem Kontrahenten gerne privat unterhalten.

Starker Beifall der Versammlung.

Die sofortige schriftliche Wortmeldung des GIZ-Vertreters wurde von Tacke erregt nicht mehr zugelassen.

Auf den Zuruf, die Fragen zu beantworten, redete er erst von den Schwierigkeiten in Pakistan und sagte dann, daß es von Tansania, dem einzigen Ausgangsort von Störaktionen, 850 km Luftlinie bis zum Cabora Bassa-Damm seien. Cabora Bassa sei nicht gefährlicher als irgendein anderes in Entwicklungsländern. Anschließend ging er zum GIZ-Mann und forderte ihn nochmal auf, ihn zu besuchen und mit ihm die Angelegenheit zu besprechen.

Anschließend im Flur eine Diskussion, zu der sich schnell mehrere Teilnehmer gesellten. Anfrage von Spiegel und "Blick in die Wirtschaft" nach Adresse und Material.

Reaktionen auf die Cabora Bassa-Diskussion der HV in FAZ, Süd.Z., Handelsblatt, Welt, Deutschlandsender am 26.3.71.

Beurteilung:

Cabora Bassa wurde wieder erwähnt (FAZ im Untertitel: "Die Diskussion über Cabora Bassa hört nicht auf".) Nach Aussagen von Siemens-Mitarbeitern bei der Diskussion nach der HV sei die Geschäftsleitung wohl dabei, Cabora Bassa als Fehler zu betrachten; Tackes wütender Angriff gegen Nyerere wurde als Schwächebeweis verstanden (FAZ: "... gestattete sich auch der sonst so abwägend formulierende Tacke ein gefühlsbetontes Wort."). Die Gefährdung der deutschen Techniker und Fertigungsstätten kam als Argument gut an.

Das "resolute" Auftreten des GIZ-Vertreters brachte zwar die Schwäche der Gegner zu Tage, ließ aber kaum Möglichkeiten für Meinungsänderung der die Mehrheit bildenden Cabora Bassa-Befürworter. Der "verständnisvollen Welle" sollte auf jeden Fall der Vorzug gegeben werden. Da die Verhinderung des Cabora Bassa-Projektes größte Bedeutung für eine sozialere Entwicklung im südlichen Afrika hat, scheint der Appell auf derartigen Versammlungen an das Eigeninteresse berechtigt.

GRUPPE
für Internationale Zusammenarbeit
34 Göttingen, Bunsenstr. 17



Plakat zu bestellen
bei Gruppe für Internationale Zusammenarbeit Göttingen
34 Göttingen, Bunsenstraße 17
Aktion Dritte Welt Freiburg, 78 Freiburg, Lorettostr. 20 a

TAGUNG: trier

Bericht der Konferenz der Arbeitsgruppen "Dritte Welt" vom 16. -18.4.71 in Trier

Nach der Vorstellung der einzelnen Gruppen (Bericht über durchgeführte und geplante Aktionen,Hauptarbeitsgebiete,Informationsquellen,organisatorische Daten) wurde beschlossen, in verschiedenen Arbeitsgruppen aus der Diskussion wichtiger Teilbereiche strategische Ansatzpunkte zu entwickeln und dem Plenum konkrete Aktionsmöglichkeiten vorzuschlagen.
Es wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet: Massenmedien, Öffentlichkeitsarbeit,Institutionen;Asien,Südl.Afrika.Die Berichte der Gruppen im Plenum und die daran anschließende Diskussion ist im Folgenden wiedergegeben.

Arbeitsgruppe Massenmedien

Die Teilnehmer gingen davon aus,daß die kommerziell betriebenen Zeitungen im wesentlichen drei Abhängigkeitsbeziehungen unterworfen sind: Der Abhängigkeit vom Herausgeber oder dem das Blatt besitzenden Pressekonzern,der Abhängigkeit von Anzeigenaufträgen,die bei dem Agieren des Blattes in eine politisch progressive Richtung auch bei Lokalblättern eben ausbleiben können und der Abhängigkeit von der Meinung der Leserschaft,die auf eine in ihren Augen zu ausführliche oder grundsätzlich kritische Berichterstattung zu Fragen der Dritten Welt mit Abbestellungen reagieren kann.
Als ein weiterer,kritischer Information entgegenwirkender Faktor kommt hinzu,daß den Redakteuren bei einem täglichen Ausstoß von ein oder zwei Artikeln zur Erarbeitung von Hintergrundsinformation die Zeit fehlt.
Somit sind die Möglichkeiten,auf den Inhalt der Zeitungen einzuwirken,auch wenn man unseren Intentionen aufgeschlossen gegenüberstehende Redakteure gefunden hat,beschränkt;sie sind auch je nach Abhängigkeitslage von Zeitung zu Zeitung verschieden.

Es bieten sich jedoch einige praktikable Möglichkeiten an: Besonders bei Lokalzeitungen besteht die Möglichkeit,wirksame Öffentlichkeitsaktionen,bei denen also der Bezug zum Lokalbereich besteht,als Aufhänger für einen Bericht zu gebrauchen oder anzubieten.Teilweise kommt man dabei sogar den Redaktionen als eine Art Seitenfüller entgegen.Es besteht jedoch die Gefahr,daß die Artikel von jedem politischen Inhalt entschärft werden.
Als weiterer Ansatzpunkt wurde gesehen,systematisch in Leserbriefen auf falsche Information mit didaktisch gut aufgearbeiteter Gegeninformation zu antworten.Gleichzeitig besteht die Möglichkeit,durch gezielte Leserbriefschwemmen politisch progressive Redakteure zu stützen oder die Wiederholung alzu grober Lügen zu verhindern.
In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Möglichkeit verwiesen,angesprochene Personen zu bewegen,zumindest auf liberale Zeitungen überzuwechseln (Es ist eben doch ein Erfolg,wenn man einen Welt-Leser zur Frankfurter Rundschau bekehrt hat).

Im Weiteren wird man auch versuchen müssen,gutwillige Redakteure, denen aber aus dem angesprochenen Grund zu gründlicher Informationsarbeit die Zeit fehlt,mit gut ausgewählter,kurzer und direkt verarbeitbarer Information zu unterstützen.

Die von den Gruppen selbst herausgegebenen Zeitschriften (Minimedien) haben die Funktion,unabhängige,den angesprochenen Abhängigkeitsverhältnissen nicht unterleigende Informationsorgane und somit die Basis für Gegeninformation zu stellen.Daneben fällt ihnen auch die Aufgabe der Aktionsvorbereitung und -Koordinierung zu.Für eine Koordination der Zeitschriften der Gruppen wurden erste Vorkehrungen getroffen.

Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit

Als längerfristiges Ziel wurde die Information von Zielgruppen anvisiert,durch die ein Vervielfältigungseffekt bewirkt werden kann, z.B. PH-Studenten,Lehramtskandidaten besonders der sozialw.Fächer an den Universitäten,Lehrer der entsprechenden Fächer,aber auch Schülergruppen,kirchl.Jugend,Gewerkschaftsjugend,Jusos etc.Dieses Vorgehen wurde dem Versuch einer direkten Beeinflussung der Öffentlichkeit vorgezogen,weil es bei der derzeitigen (relativ geringen) Anzahl von Gruppen,ihrer personellen und finanziellen Möglichkeiten realistischer erscheint,als das Ankämpfen gegen ein -gegenüber unseren Möglichkeiten gewaltiges Meinungsmonopol.Über diese Zielgruppen können langfristig größere Bevölkerungsteile erreicht werden.

Dabei zeigte sich,daß didaktische Modelle bisher nur in Ansätzen vorliegen.Es wurde auf ein bereits vorliegendes Modell,das "Seminar Entwicklungspolitik - ein Beilspiel:Tansania" verwiesen und auf die bereits damit gemachten Erfahrungen (iz3w Nr.1)

Um bisher gemachte Erfahrungen auszuwerten,was in Trier nur ins Auge gefasst werden konnte,ist im Herbst 71 (näheres wird bekanntgegeben) ein Schulungsseminar geplant,daß für alle Gruppen leicht benutzbare didaktische Modelle erarbeiten soll.Die Vorbereitung dieses Seminars hat die Redaktionsgruppe der Entw.pol.Korespondenz (EPK) in Zusammenarbeit mit der Freiburger und Göttinger Gruppe übernommen.

Arbeitsgruppe Institutionen,Strategie

Die Diskussion hatte folgende Schwerpunkte:

Sinn und Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einzelnen Mitarbeitern (Linke und Linksliberale) etablierter Organisationen (Bundestagsassistenten,DED -Mitarbeiter,einzelne Journalisten).Wurde im wesentlichen für sinnvoll gehalten.

Möglichkeit der Mitarbeit im Deutschen Forum für Entwicklungspolitik (auf die Freiburg verzichtet hatte) wurde mehrheitlich für sinnlos erklärt.Die Diskussion entwickelte sich zu einem bösen Scherbengericht über den anwesenden Vertreter.

Auf Grund der Analyse,daß die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems -Profitmaximierung etc- systemnotwendig zu Cabora Bassa,Vietnam, Ausplünderung Lateinamerikas durch Großkonzerne,militärisch-industriellem Komplex etc. führenwurde die Bedeutung der Transformierung unseres Wirtschaftssystems in eine sozialistische Demokratie erneut betont.Die vereinzelt vertretene Ansicht,konsequenterweise müsse man die bisherige entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ganz aufgeben und sich auf die Abschaffung des Kapitalismus durch Bewußtmachuung innenpolitischer,konkret erfahrener Ausbeutung beschränken,war der Mehrheitsmeinung entgegengesetzt,die argumentierte,daß eine komplementäre Strategie zu verfolgen sei,daß nämlich im selben

Gesmantrahmen und mit den selben langfristigen Perspektiven jetzt eine Arbeitsteilung möglich und nötig sei: mit Betreibsgruppen,mit Basisgruppen,mit Gruppen,die kritische Gefangenen- und Irrenanstaltsarbeit machen,mit Kriegsdienstverweigerern etc.Da der Kapitalismus ein Tausendfüssler sei,könne eine Arbeit an verschiedenen schwachen Punkten des Systems durchaus gerechtfertigt werden,wenn auch letztlich conditio sine qua non für internationale Solitarität die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sei.Ein weiteres Argument war auch die Notwendigkeit,eine entwicklungspolitische Feuerwehr aufbauen zu müssen,die viele Cabora Bassas verhindern und dadurch möglicherweise einer totalen Verfestigung des international-en Finanzkapitals hinderlich sein könne.Das Stichwort heiß komplementäre Strategie,welches eine sinnvolle Arbeitsteilung darstellen könnte,denn im Falle eines Rückzugs linker Gruppen auf die Kommunalpolitik könnte der Kapitalismus im dortigen Bereich durchaus beachtliche Teilverbesserungen durchführen - aber auf Kosten der Dritten Welt,in denen die Konzerne,weitab von linker Kritik und Öffentlichkeitsarbeit,ihre Profite machen könnten.

Diese Schilderung der Strategiediskussion ist zu kurz,um objektiv die Argumente reflektieren zu können.Festzustellen ist,daß eine Unzahl vonFragen offengeblieben sind u. noch Monate zur Aufarbeitung brauchen.Das iz3w wird versuchen,die Strategiediskussion zusammen mit anderen komplementären Gruppen fortzuführen.

Arbeitsgruppe Südl.Afrika

Nach Bericht der Tätigkeiten der einzelnen Gruppen vereinbarte man folgende organisatorische Hilfen: Dauernder Austausch von Informationsmaterial,Erstellung einer Adressenliste ausländischer Gruppen,die für Aktionen zum südl.Afrika wichtig sind, und der Befreiungsbewegungen (CB-Gruppe Ffm),Liste und Austausch von Filmen und Bildern,Erstellung einer Zeitschriften-liste.

Zur Koordination der materiellen Hilfe für die Befreiungsbewgungen wurden folgende Vorkehrungen getroffen:
Errichtung eines Kontos für Medikamentenanforderungen der Befreiunngsbewegungen.Mit der Kontrolle dieses Kontos beauftragte das Plenum Manfred Dönitz (GIZ,Göttingen),H.J.Müller (Cabora Bassa Gruppe,Frankfurt),Georg Stingl (iz3w,Freiburg).Dieses Konto kann bei Solidaritätsaktionen für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und Öffentlichkeitsaktionen gegen Portugal angegeben werden. Weiterhin wird in der nächsten Zeit eine Sammelstelle für direkte Medikamentenspenden eingerichtet,Adresse der Sammelstelle und die Kontonummer hoffen wir,in der nächsten Nummer bekannt geben zu können. Die materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen muß begleitet sein von Aktivitäten gegen die Unterstützung Portugals durch die NATO begleitet sein.Aktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen können als Aufhänger zur Bewußtseinsarbeit zur Lage im südl. Afrika benützt werden.

Als Stichtag für Aktionen gegen Portugal und seine Beziehungen zur NATO wurde der Termin der NATO - Konferenz in Lissabon am 3.6.eingeplant. Das in Trier geplante Portgal-Tribunal (ähnlich dem Vietnam-Tribunal) kann zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht durchgeführt werden.Die mit der Planung beauftragte Cabora Bassa-Gruppe Frankfurt konnte für diesen Zeitpunkt keine wichtigen Leute mehr verpflichten.
Weitere Aktionen betr.Südl.Afrika: Aktionen gegen die Anwendung von Herbiciden in Angola,Teilnahme Rhodesiens an der Olympiade,Boykott der an Cabora Bassa beteiligten Firmen.

Arbeitsgruppe Asien

Über Asien haben die anwesenden Gruppen noch kaum gearbeitet. In Trier wurde eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Gruppen getroffen, Hintergrundsinformationen zu verschiedenen Ländern zu erstellen (Indien, Pakistan, Indonesien, Persien) und Kontakt zu Gruppen und Organisationen aufzunehmen, die über asiatische Länder arbeiten.
Als Aktionsmöglichkeit wurde die 2500 - Jahrfeier des Persischen Staates ins Auge gefasst.

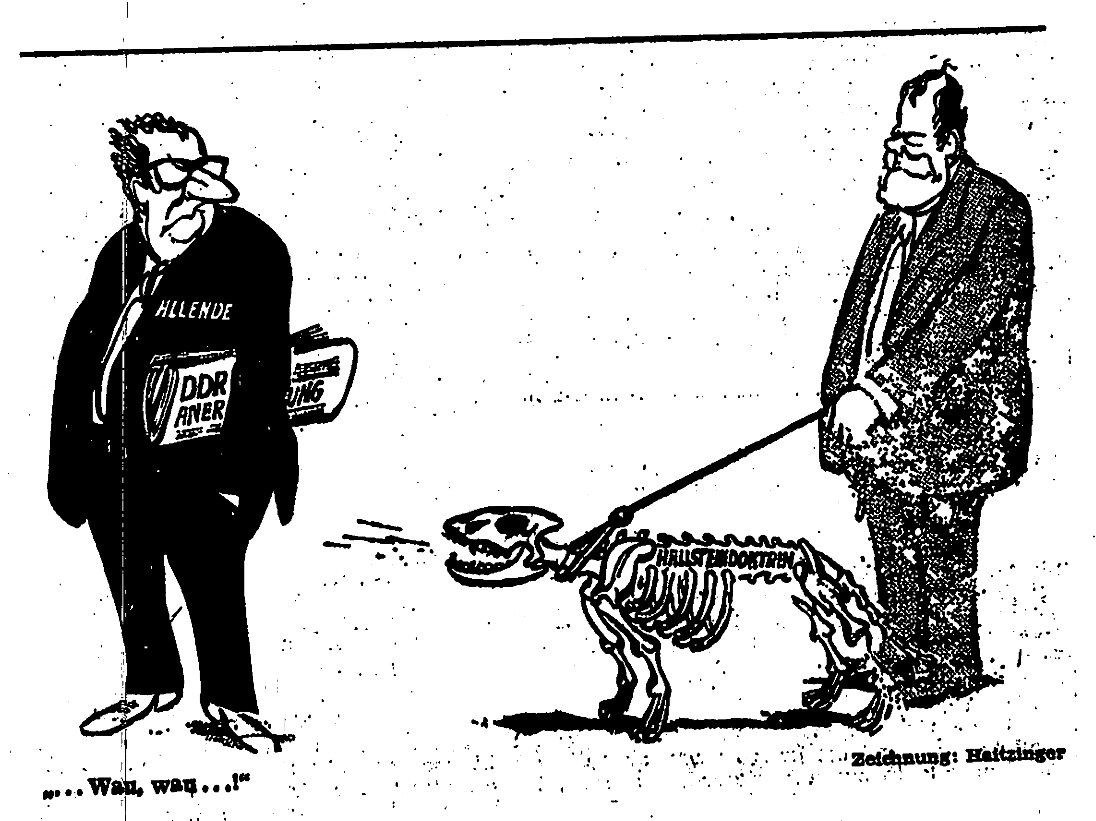
Kritik an der Tagung

Es wäre wunschenswert, bei der nächsten Tagung einen zentraleren Ort zu wählen.
Um eine gute Vorbereitung der Gruppen zu ermöglichen, sollte vor der Tagung ausreichendes Material über die Gruppen, über die verschiedenen Strategieansätze, über verschiedene schon geplante oder begonnene Aktionen.

Das iz3w wurde mit der Durchführung einer weiteren Tagung am Anfang des kommenden Wintersemesters beauftragt. gc pr

Resolution zu Chile

Die Bundeskonferenz der Arbeitsgruppen Dritte Welt, die vom 16.-18.4. in Trier tagte, fordert die Bundesregierung auf, in ihrer Kabinettssitzung am 22.4. keine Politik des Einfrierens der Entwicklungshilfe gegenüber Chile zu beschließen und entsprechenden restriktiven Bestrebungen des AA entgegenzuwirken.



„...Wau, wau...!“

Bad. Zeitung 24.4.71

Z.Zt. BEI DER AKTION DRITTE WELT, FREIBURG, VORRÄTIGE PAPIERE

1) Wie hilflos sind wir eigentlich?
Chancen und Methoden einer außerparlamentarisch arbeitenden entwicklungspolitischen Opposition in der BRD

2) Michael Nienhaus:
Die Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer
oder
Das Geschäft der Bundesregierung mit dem Krieg

3) Fritz Hemmerich:
Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen

4) Henning Topf:
Privatinvestitionen = Entwicklungshilfe?
(allg. verständl. Fassung von 3)

5) Prof. Dr. Gerhard Kade:
Politische Ökonomie - heute

6) Henning Topf:
My Lai in Afrika - Warum wir gegen Cabora Bassa sind

7) Georg Stingl:
Die Lage Namibias
und
Das Uranschürfungsprojekt in Rössing (überarb. Neuauflage)

8) Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland
(Eine Studie über die Wirtschaftsbeziehungen BRD - Südafrika)

9) Schütt-Mogro:
Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas

10) Unterstützung von Kolonialismus und Rassismus im Südl. Afrika durch die Bundesregierung
(Dokumentation vom Befreiungsausschuß der OAU)

11) Werner Gebert (ASB):
Vorbereitung der internationalen Rohrzuckerkampagne 1971

12) Die Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der BRD
(aus dem Bulletin der Bundesregierung)

In Vorbereitung:

13) Georg Cremer:
Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik -
Mythos und Wirklichkeit
(überarb. Neuauflage)

14) Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik, Nr. 1
Horst Dumke:
Bilaterale Kapitalhilfe der BRD
Auszug aus: Albrecht Kruse-Rodenacker, Horst Dumke, Niklas v. Götz: "Kapitalhilfe - Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen", Berlin 1970

15) Arbeitsgruppe Dritte Welt, Tübingen:
Konzerne der BRD in Brasilien

Kreuzworträtsel:

Waagrecht:

1. Lateinamerikanisches Land, das - laut ZDF - erst dann wieder frei sein wird, wenn Coca Cola gekauft werden kann.
4. Deutscher Bundesminister, den die Großkonzerne das Fürchten lehren.
7. Hauptexportprodukt von Honduras (auf span.).
8. Reaktion der Industrie auf das Contra kritischer Gruppen gegen Cabora Bassa, auch Ausdruck aus dem Skat.
10. Opfer des von den Großmächten mitgeheizten Biafra-Krieges.
11. Ergebnis der unpolitischen Entwicklungsländerforschung, auch Küchenzutat.
14. Name des von Nasser gegründeten Staatenbundes (Abk.).
16. Erfinder des langen Marsches.
17. Italienischer Vorname, auch als Schimpfwort für Gastarbeiter gebraucht.
18. Erdteil, in dem laut deutschen Schulbüchern die Zivilisation mit der unermüdlichen Missionierungsarbeit der Portugiesen und Briten begann, bis dahin angeblich geschichtslos.
19. Vietnamesischer Ort, wo die USA die Freiheit besonders intensiv verteidigt haben.
20. Anfang eines Benediktinerwahlspruches, auch als "Entwicklungs"-Rezept von der kath. Kirche verwendet.
21. Ehemaliges Studentisches Entwicklungsländer-Studien-Reiseprogramm, des öfteren totgesagt.
23. Deutsches Tier, Klebstoff, auch von GAWI-Experten zur Charakterisierung von Eingeborenen verwendet.
25. Einer der ersten deutschen Entwicklungshelfer, auch als Vorstandsvorsitzender der deutschen Bank bekannt geworden.
27. Gebräuchliche Abkürzung für Freiheitskämpfer in Vietnam.
28. SPD-MdB, bei dem noch nicht alles verloren ist.
33. Oper von Verdi, 1871 zur Eröffnung des Suez-Kanals komponiert.
35. Frühere Gruppenzugehörigkeit eines ehem. Entwicklungshelfers in Guinea, durch eine Affäre vor kurzem sehr bekannt geworden.
36. Urwaldpflanze, in Karl May-Büchern vorkommend.
37. Abk. für das deutsche Bundesland, dessen Ministerpräsident das in Afrika gutmachen sollte, was auf der Schmierseife kapitalistischer Privatinteressen verrutscht war.
38. Abk. für bekanntes Buch der christlichen Religionsgeschichte, dessen Aufforderung zur Heidenmission besonders von Karl d. Gr., Portugal und Spanien nachdrücklich befolgt wurde.
39. Wirtschaftsmaßnahme der USA gegen Cuba.
41. Jüdischer Vorname.
43. Nördliches NATO-Land.
45. Deutscher Küchengeräte-Konzern, mit dessen Produkten neuerdings auch Afrikaner verbraten werden sollen.
46. Chef der Organisation "Al Fatah".
47. Abk. für Entwicklungsländer.
48. Abk. für das deutsche Musterprojekt in Madras (Indisches Institut für Technologie), dessen deutsche Mitarbeiter großenteils ihr Geld auf dem Schwarzmarkt tauschen (Foto des zuständigen Devisenschmugglers beim iz3w einzusehen).
50. Name eines dt. Konzerns, der 1968 und 1969 je 45 % Dividende in Südafrika "erwirtschaftete" und sich lt. ZEIT in Brasilien als "Entwicklungshelfer" betätigt.
51. Name eines deutschen Konzerns, zum Teil in Bundesbesitz, der das Namibia-Projekt ohne Bundesbürgschaften "privat" weiterführt.
54. Militärisches Bündnis, welches die "freie Welt" verteidigt und dessen Waffen auch gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien eingesetzt werden.

55. Schwedische Firma, die sich auf Druck der Schwedischen Öffentlichkeit von Cabora Bassa zurückziehen mußte.
56. Land der unbegrenzten Möglichkeiten (der Ausbeutung).
57. Zuruf an amerikanische Großkonzerne und Soldaten in Entwicklungsländern gerichtet (2 Worte).
59. Name eines Münchner Konzerns, der Waffen (u.a. Panzer) an die allerkatholischste Regierung Spaniens liefert.
60. Abk. für eine liberal-konservative Schweizer Zeitung.
62. Name einer Institution, welche durch Steuervergünstigungen und Bürgschaften Konzerngewinne in Entwicklungsländern ermöglicht.
63. Land in Zentralafrika (im Bürgerkrieg), demgegenüber sich Frankreich lt. Scholl-Latour (Publik vom 12.2.71) "militärisch kooperativ" erweist.

Senkrecht:

1. Staudamm in Mozambique, der im südlichen Afrika ein Siegel für deutsche Wertarbeit darstellen wird.
2. Machtlose supranationale Institution.
3. Landwirtschaftliches Produkt; eines der Haupteinnahmequellen der United Fruit Company.
4. Name eines multinationalen Erdölkonzerns, der Mitte 1970 wegen Steuerhinterziehung Schwierigkeiten mit der Indischen Regierung bekam.
5. Reaktion des internationalen Finanzkapitals auf den Wahlsieg Allendes.
6. Entwicklungsvoraussetzung in vielen Entwicklungsländern.
7. Provinz eines afrikanischen Staates, nach der ein Bürgerkrieg benannt ist, den Ölkonzerne mitgeschürt haben.
9. Name des Vorgängers von Allende.
12. Journalistischer Fachausdruck für die "Meldung", daß eine UN-Kommission Cabora Bassa gebilligt habe.
13. Repräsentative deutsche Entwicklungshilfeorganisation, erst vor kurzem gegründet, stark mitte- bis rechtslastig.
15. Reaktion der Leser der iz3w-blätter.
16. Politiker, nach dem eine Bibel benannt ist.
17. Filmclub, meistbesuchte studentische Veranstaltung.
22. Abk. für Aktiengesellschaft, sprich: Ausbeutungsgesellschaft.
24. Name eines dt. Politikers, nach welchem eine Doktrin benannt ist, die natürlich nicht besagt, daß Entwicklungsländer in innerdeutsche Schwierigkeiten verwickelt werden sollen.
26. Name einer Cabora Bassa-Firma, von der auch die kath. Kirche Aktien besitzt.
29. Name des Top-Managers dieser Firma, welcher in der Cabora Bassa-Sendung ins Kreuzfeuer kam.
30. Militärisches Ereignis, dessen Ausbleiben dem deutschen Großkapital 1945 einiges Auslandsvermögen gekostet hat.
31. Befreiungsbewegung von Mozambique, deren Leiter 1969 ermordet wurde.
32. Abk. für Organisation für afrikanische Einheit.
34. Engl. Ausdruck für Hauptgetränk der Eingeborenen eines dt. Freistaates.
35. Deutscher Politiker mit (Stiernacken-)Profil, der sich mehrmals mit Südafrika solidarisiert hat.
39. Gewünschtes Verhalten der dt. Jugend gegenüber der Industrie.
40. Präsident der MPLA.
42. Disziplinierungsinstrument der Herrschenden (engl.).
44. Situation der 3. Welt.
49. Dt. Firma, die sich weiterhin am Manibia-Projekt beteiligt.
50. s. 14 waagrecht.
52. Abk. für ein Bundesministerium, über das in den "blättern des iz3w" bald mehr stehen wird.
53. Früherer Beruf von Allende und Che guevara.
54. Normalzustand für über 2/3 der Erdbevölkerung.
55. Durchschnittl. Landbesitz eines Landlosen, Flächenmaß.

58. Abk. für dt. Schützenpanzer, von der Schweiz **geliefert** (zus. mit einigen Millionen DM Wahlgelder für **die CDU)**.
61. Ausruf afrikanischer Politiker beim (früher) **obligatorischen** Besuch der Berliner Mauer.

Das Lösungswort - lt. "Welt" nur eine leere Worthülse - darf in der BRD nur hinter der vorgehaltenen Hand geflüstert werden. Wer es herausbekommt, erhält Informationsmaterial darüber - kostenlos.
([illegible] 31.[illegible], Auflösung in Heft [illegible].) pr

